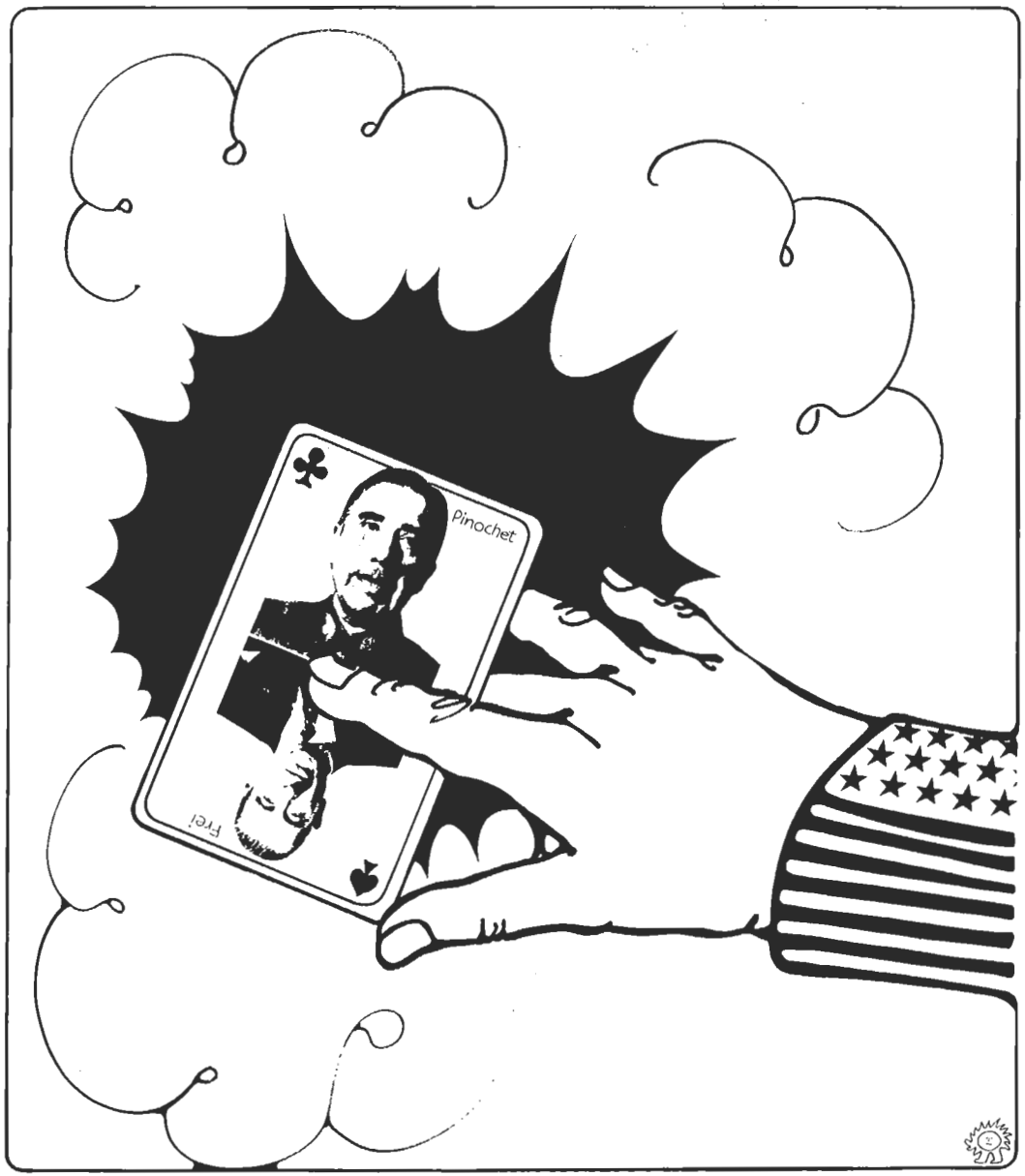
CHILE-NACHRICHTEN

NUMMER 35 JG. 3 20.3. 1976 BERLIN(WEST)

Solidaritätspreis 1,50 DM



INHALT

ZU DEN EREIGNISSEN IN CHILE
- Krise und Stabilität 3
- Mord an ehemaligen MIR-Mitgliedern 15
- Alltägliches aus Santiago 16

DOKUMENTATION: EDUARDO FREI
- 1973: Rechtfertigung des Faschismus 19
- 1976: Der Auftrag der Geschichte und die Forderungen der Zukunft 21
- Die Gegenwart Adenauers 31
- Frei und Colonia Tovar 33

CHILE - BUNDESREPUBLIK
- Lucia Gevert Botschafterin in Bonn 35
- Mißerfolg eines Jubelchors 36
- Aufnahmestop verlängert KZ-Aufenthalt 38

SOLIDARITÄT 39
- Veranstaltungen 41
- Aktionen 42

INFORMATIONEN 44

REDAKTIONSNACHRICHTEN 47

Beilage: DOKUMENTATION Nummer 6: CIA - Die "Entstabilisierung" einer Regierung: Chile 1970-1973

SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE

Pschk. Berlin-West,
E.Kohut, Nr.380 087-108
Kennwort: Hilfe für Chile

DER ANGOLA-KONFLIKT

DIE HEIMLICHEN PLÄNE UND DAS VERHALTEN VON

UND DAS

Für DM 3.50 (incl. Porto) ist diese Broschüre zu beziehen bei:
AKAFRIK (Aktionskomitee Afrika)
August-Bebel-Str.62
4800 Bielefeld 1
Sparkasse Bielefeld 76001213
Lieferung nur gegen Vorauszahlung!

SÜDLICHE AFRIKA

Zu den Ereignissen in Chile ★Krise und Stabilität★

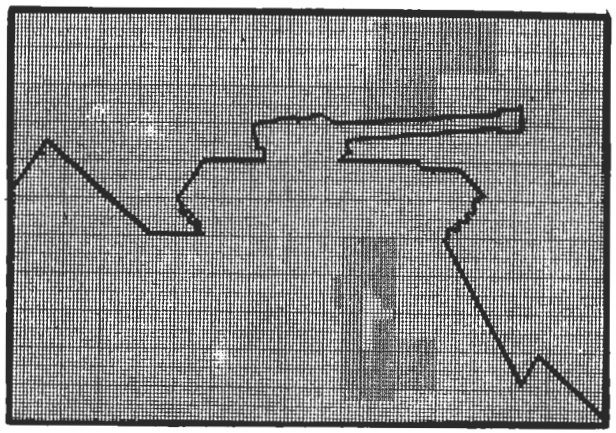
Zum dritten Mal innerhalb von 30 Monaten ist Anfang März die gesamte chilenische Regierung zurückgetreten. Der unmittelbare Zweck war im Juli 1974 und im April 1975 der gleiche wie heute: dem Präsidenten Pinochet freie Hand zur Bildung eines neuen Kabinetts zu geben. Aber auch der wirkliche Grund für die Umbildung war immer der gleiche: Die wirtschaftliche Situation hatte sich so verschärft, die Mißerfolge der Wirtschaftspolitik waren so offensichtlich geworden, daß es unumgänglich schien, wenigstens die Gesichter auszuwechseln. Die Politik wurde nicht geändert, im Gegenteil: das Debakel wurde jeweils darauf zurückgeführt, daß die ultraliberale Wirtschaftspolitik und die politische Unterdrückung nicht konsequent genug durchgeführt worden seien. Das Ergebnis der Regierungsumbildungen war deshalb immer eine Verschärfung dieser Politik, zuletzt in der Form der Schockpolitik vom April 1975, die alles Bisherige auf diesem Gebiet in den Schatten gestellt hat.

Die Dauerkrise

Die Ergebnisse dieser Schockpolitik sind wahrhaft schockierend:

- Die Inflation ist nicht wirklich gebremst. Die Schockpolitik sollte die Inflationsrate bis Ende 1975 auf monatlich 2 bis 3 Porzent reduzieren. Erreicht wurden 7 bis 8 Prozent. Aber im Januar 1976 lag die Inflationsrate schon wieder bei 10,5Prozent und im Februar ähnlich hoch.
- Das Bruttosozialprodukt ist 1975(nach offiziellen Angaben) um mehr als 12 Prozent gesunken, die industrielle Produktion um rund 25 Prozent.
- Die Realeinkommen der Lohnabhängigen sind 1975 weiter gesunken und liegen heute im Durchschnitt bei weniger als 50 Prozent der Einkommen von 1971, häufig aber weit darunter.
- Die Arbeitslosigkeit hat neue Rekorde erreicht und liegt nach offiziellen Berichten bei 16 bis 18 Prozent, nach Expertenmeinung weit darüber.
- Entgegen dem erklärten Willen der Wirtschaftspolitiker steigt ständig der Geldumlauf, angeheizt von der Spekulation auf dem Kapitalmarkt. Ein Beispiel: allein zwischen Juli und Oktober 1975 stiegen die Aktienpreise an der Börse von Santiago real um durchschnittlich 250 Prozent.
- Die Zahlungsbilanz ist immer noch unausgeglichen.
- Und schließlich: Die Perspektiven für die Heranziehung ausländischer Investitionen sind weiterhin unbedeutend.

Wer nun geglaubt hätte, daß Präsident Pinochet - auch unter dem Eindruck der immer noch wachsenden Kritik sowohl von faschistischer als auch von christdemokratischer Seite - eine gründliche Revision der Wirtschaftspolitik vornehmen würde, hat sich gründlich geirrt. Schon Mitte Februar hatte Pinochet erklärt:"Es gibt keine grundsätzlichen Änderungen in der Wirtschaftspolitik. Es kann sie nicht geben. Wir arbeiten wohl im allgemeinen einige Anpassungen in Wirtschaftsfragen aus. Aber es gibt keine Änderungen in der Philosophie der Wirtschaftsführung." (El Mercurio vom 15.2.76). Und das Ende Februar veröffentlichte Wirtschaftsprogramm nennt denn



auch als Hauptziele der Wirtschaftspolitik weiterhin das Gleichgewicht der Zahlungsbilanz und die Senkung der Inflationsrate. Die Steigerung der Produktion und der Beschäftigung darf nach diesem Programm nur "allmählich" erfolgen und in keinem Fall die beiden Hauptziele infragestellen. Dabei besteht nirgendwo ein Zweifel darüber, daß sich mit der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik auch 1976 keinerlei Verbesserung der Produktion und der Beschäftigung ergeben kann.

Der Doktrinarismus der Wirtschaftspolitik geht sogar so weit, daß Anfang Februar noch einmal eine generelle Senkung der Schutzzölle verfügt wurde. Die Regierung erklärte, daß sich damit eine Verbilligung der Rohstoffe und Halbfertigwaren für die Industrie ergeben würde. Während diese angebliche Verbilligung durch überproportionale Steigerungen des Dollarpreises schnell wieder aufgefressen wird, ist der Haupteffekt der neuen Maßnahmen eine verstärkte Konkurrenz für die ohnehin angeschlagene Industrie und eine Verbilligung der Importe von Luxusartikeln für die Konsumwünsche der Reichen. Dabei nahm die Regierung sogar eine neue Verletzung der Bestimmungen des Andenpaktes in Kauf, dessen Vereinbarungen über Mindestzölle bei mindestens 800 Artikeln mißachtet wurden.

Das 'neue' Kabinett

Die Neubildung des Kabinetts am 9. März hat nun auch konsequenterweise keinerlei Veränderung des wirtschaftspolitischen Kurses gebracht. Ausgewechselt wurden nur die vergleichsweise unwichtigen Minister für Arbeit, Gesundheit und Transport. Interessant daran ist nur das Ausscheiden des Luftwaffengenerals Nicanor Díaz aus dem Arbeitsministerium. Díaz gilt als Vertrauensmann des faschistischen Luftwaffenchefs und Juntamitglieds General Leigh, dem es auf diese Weise unmöglich gemacht wird, seine sozialdemagogisch-korporativistischen Vorstellungen auf dem Weg über das Arbeitsministerium an den Mann zu bringen. An die Stelle von General Díaz tritt nun der rechtsradikale - oder wie die bürgerlichen Zeitungen zu schreiben pflegen:" gemäßigte" - Jurist Sergio Fernández. Er hat die Aufgabe, ein neues Arbeitsgesetzbuch zustande zubringen, nachdem ein erster Entwurf 1975 kurz vor seiner Verabschiedung durch die Junta auf soviel Proteste von seiten der Arbeiter gestoßen war, daß selbst die entpolitisierten "gelben" Gewerkschaften Sturm dagegen laufen mußten. Für den Verlust des Arbeitsministeriums wurde die Luftwaffe mit dem Transportministerium abgefunden, das bisher von einem Heeresgeneral verwaltet wurde. Die Zuständigkeit der Luftwaffe für Fragen der "sozialen Entwicklung" ist damit eindeutig aufgehoben.

WILLKÜRHERRSCHAFT ÜBER DIE UNIVERSITÄT

Dafür springt sie mit den unter ihre Obhut gestellten Universitäten umso willkürlicher um. Der neue Rektor der Staatsuniversität, Luftwaffenoberst Julio Tapia (vergleiche Chile-Nachrichten Nr. 34) entließ nicht nur etwa 500 - vor allem christdemokratische- Professoren, sondern besetzte auch fast die Hälfte aller Leitungsfunktionen (wie Dekane und Institutsdirektoren) mit neuen Leuten seines Schlages. Tatkräftig unterstützt wurde er dabei von Pablo Rodríguez, dem Führer der faschistischen Organisation "Vaterland und Freiheit", der sich jetzt mit dem Titel eines Professors der Rechtswissenschaften schmücken darf. Auch die sich ständig verstärkende Auswanderung von Wissenschaftlern, Technikern und Ingenieuren hält diese Herren nicht davon ab, die Universität trotz Warnungen selbst der kontrollierten juntatreuen Presse bis ins letzte ideologisch zu säubern.

Proteste und Hilfe von aussen

Seit Mitte Februar ist an der Londoner Metallbörse ein leichtes Ansteigen der Preise für Kupfer, das wichtigste chilenische Exportgut, zu beobachten. Der Kupferpreis, der seit Ende 1974 auf dem enorm niedrigen Stand von 55 US -Dollarcents stagnierte, bewegt sich allmählich auf 60 Cents zu. Die chilenische Regierung knüpft daran große Hoffnungen und drängt schon darauf, die mit den anderen Kupferexportländern vereinbarte Senkung der Bergwerksproduktion um 15% aufzuheben. Doch liegt die Ursache für die plötzliche Hausse in London wohl eher in einer Spekulationswelle, die von den Transportschwierigkeiten des Kupfers aus Sambia und Zaire durch Angola herrührt. An eine dauerhafte Verbesserung des Kupferpreises ist ohnehin vorläufig nicht zu denken. Der Weltverbrauch an Kupfer ging 1975 gegenüber dem bisherigen Rekordjahr 1973 um ungefähr 20 Prozent zurück, während die Weltbergwerksproduktion im gleichen Zeitraum nur um 5 Prozent sank(jeweils ohne sozialistische Länder). Das Ergebnis ist, daß die unverkauften Vorräte auf dem Weltmarkt auch jetzt noch ständig steigen. Die schnelle Beendigung des Angola-Krieges, die der Spekulation den Wind aus den Segeln nehmen wird, hat also den chilenischen Generälen einen doppelten Strich durch die Rechnung gemacht. Ohnehin hat Finanzminister Cauas schon erklärt, daß steigende Einkünfte aus dem Kupfer in keinem Fall für die Ankurbelung der Wirtschaft durch Investitionen oder Nachfragesteigerung, sondern nur für die Steigerung der Devisenreserven verwendet werden sollen.

Umso wichtiger ist für die Junta die finanzielle Unterstützung, die sie aus dem Ausland erfährt. Nach einem Bericht der New York Times vom 20.Februar 1976 sind der Militärjunta seit dem Putsch insgesamt 2 Milliarden Dollar zugeflossen oder zugesagt worden. Die Verlagerung von der bilateralen staatlichen zur multilateralen Hilfe durch internationale Finanzorganisationen, die laut Statut keine politischen Erwägungen anstellen dürfen,

wird an der Aufschlüsselung dieser 2 Milliarden Dollar deutlich:

729 Millionen Dollar von internationalen Finanzorganisationen (einschließlich Weltwährungsfonds),
295 Millionen Dollar staatliche Hilfe (vor allem von den USA, Brasilien und Argentinien),
275 Millionen Dollar Verkäuferkredite und
700 Millionen Dollar Kredite von ausländischen Privatbanken

Nach dem Bericht der New York Times kann die Junta in Zukunft jährlich mit weiteren 500 Millionen Dollar Krediten rechnen. Die Regierung Allende hatte von den internationalen Finanzorganisationen so gut wie nichts erhalten.

Mag der Anfang Februar von der Weltbank gewährte Kredit von 33 Millionen Dollar angesichts dieser Summen zunächst fast bedeutungslos erscheinen, so hat er doch eine wichtige Signalwirkung für die internationale Finanzwelt, weil die "Kreditwürdigkeit" der Junta damit demonstriert wird. Genau so hat es auch die Propaganda der chilenischen Regierung verstanden, die den Weltbankkredit groß herausstellte und als Sieg feierte. Weltbankpräsident Mc Namara, der in der Zeit Allendes stets bedauernd festgestellt hatte, daß Chile "leider" keine Kredite bekommen könne, weil sich "die chilenische Wirtschaft in ernsten Schwierigkeiten" befinde, betont heute, daß er "leider" Chile Kredite nicht verweigern kann, weil "es der Weltbank verboten ist, politisch zu sein". Beschlossen wurde der Kredit im Rat der Exekutivdirektoren, in dem die USA, die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Japan direkt vertreten sind, während sich jeweils mehrere Länder auf die Wahl eines der übrigen 15 Exekutivdirektoren einigen müssen. Gegen den Kredit stimmte nur der Vertreter der skandinavischen Länder, während sich alle übrigen europäischen und die arabischen Vertreter der Stimme enthielten. Die chilenische Presse meldete, daß sogar Vietnam, Kambodscha und Laos für den Kredit gestimmt hätten. Wahr ist daran nur so viel, daß längst vergessene Regierungen dieser Länder früher einmal an der Wahl eines malaysischen Exekutivdirektors teilgenommen haben, der auch jetzt noch seine Stimme im Namen dieser Länder abgibt.

Große Hoffnung hatten die chilenischen Militärs auf eine Reise gesetzt, die Finanzminister Cauas Anfang Februar in eine Reihe von arabischen Ländern führte. Das magere Ergabnis war aber nur, daß Ägypten gemeinsame Projekte mit Chile "studieren" und Saudi-Arabien die Möglichkeit von Investitionen in Chile prüfen will. So konzentriert sich jetzt das Interesse auf die Beobachterdelegation des Weltwährungsfonds, die seit dem 22. Februar in Chile ist, um die "Kreditwürdigkeit" erneut zu prüfen. Da es den Beratern des Weltwährungsfonds stets nur um den Kampf gegen die Inflation und für den Ausgleich der Zahlungsbilanz geht, werden sie kaum etwas auszusetzen haben und wahrscheinlich erneut den Kredithahn aufdrehen.

Die nicht nachlassende politische internationale Ächtung und Isolierung wurde der Junta aber erneut vor Augen geführt, als der US-Senat auf Antrag der Senatoren Kennedy und Humphrey die Mittel für Waffenhilfe an Chile vorläufig verweigerte. Kennedy gilt seitdem als der Hauptfeind Chiles, als der "nützliche Idiot" der Sowjets, als der Hauptverantwortliche sogar für das Elend und den Hunger der Chilenen. Gegen ihn dürfen sogar "spontane" Demonstrationen in der Innenstadt Santiagos stattfinden. Aber nicht nur Senator Kennedy erscheint den chilenischen Faschisten als "nützlicher Idiot".

Pablo Rodríguez hat Mitte Dezember auch die US-Regierung und ihren Botschafter in Santiago beschuldigt, sich gegen den Willen "der ungeheuren Mehrheit der Chilenen" in die Angelegenheiten des Landes einzumischen, indem der Botschafter eine christdemokratische Regierung in Chile befürworte. "Wieviel Geld", so fragt Rodríguez", wird jetzt dafür ausgegeben, die Militärregierung zu entstabilisieren?"

Daß US-Außenminister Kissinger bei seiner immer wieder verschobenen Lateinamerikareise Chile nicht besucht hat, wie es ursprünglich angekündigt war, wird unter diesen Umständen nicht einmal mehr als direkter Affront gewertet. Santiago bereitet sich darauf vor, alle amerikanischen Außenminister - natürlich außer dem kubanischen - zur Tagung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Juni zu empfangen. So als wollte die chilenische Regierung den anderen Regierungen keine Peinlichkeit ersparen, hat sie vorgeschlagen, das Problem der Verteidigung der Menschenrechte auf die Tagesordnung dieser Versammlung zu setzen.

Verurteilung Chiles durch Menschenrechtskommission

In Genf hat am 19. Februar die Menschenrechtskommissinn der Vereinten Nationen, in der 32 Staaten vertreten sind, mit 26 Stimmen (einschließlich der USA) gegen 2 (Uruguay und Panama) bei 4 Enthaltungen die chilenische Regierung wegen ständiger und systematischer Verletzung der Menschenrechte verurteilt. In der Entschließung wird festgestellt, daß die Folter in Chile eine institutionalisierte Praxis ist. Die Regierung Chiles wird aufgefordert, der Mißachtung und Verletzung der Menschenrechte unverzüglich ein Ende zu setzen und einem Sonderausschuß die Einreise nach Chile zu gestatten. Diesem Sonderausschuß aus Vertretern Pakistans, Ecuadors, Senegals, Österreichs und Sierra Leones war vor einem Jahr die Einreise nach Chile verweigert worden. Er hatte sich deshalb auf Zeugenaussagen außerhalb Chiles beschränken müssen, In seinem nun vorgelegten Bericht an die Kommission heißt es wörtlich:

★ "Unkontrollierte Folterungen sind institutionalisiert und zu einem Teil des
★ gegenwärtigen Regierungssystems geworden. Zwei Jahre und vier Monate
★ nach der Machtübernahme handeln die gegenwärtigen Herrscher, die von
★ den Problemen der Staatssicherheit geradezu besessen zu sein scheinen,
★ als ob sie militärische Besatzer in einem fremden Land wären und inter-
★ national festgelegte Formen menschlichen Verhaltens vollständig mißachten
★ könnten." Der Sonderausschuß legt dann umfassendes Beweismaterial für
★ die Existenz einer Zahl gut ausgebildeter Berufsfolterer - an ihrer Spitze
★ Osvaldo Romo (vergleiche Chile-Nachrichten Nr. 32)- vor, die nicht nur
★ nicht bestraft werden, sondern ihr Geschäft noch immer betreiben.

Sergio Diez Ex-Senator der Nationalen Partei und Vertreter Chiles vor der UN-Kommission, nannte das Vorgehen der Kommission "Teil einer einstudierten Kampagne", schlug aber den Mitgliedern vor, Chile zu helfen, damit es in immerhin denkbaren Einzelfällen von Foltern eingreifen könne. Die Beschuldigungen durch den Sonderausschuß seien anonym, deshalb sei der chilenischen Regierung eine Untersuchung konkreter Fälle nicht möglich. Etwas weiter ging in Santiago der Außenminister Admiral Carvajal.

Pinochet lügt

Nach seiner Ausweisung aus Chile hat Bischof Frenz mehrfach in der Offentlichkeit die Foltermethoden der chilenischen Diktatur angeprangert. Er zitierte dabei auch einen Ausspruch Pinochets ihm gegenüber, die Staatssicherheit rechtfertige die Folter (vgl. Ch-N Nr.34). Der Laien-Vizepräsident der abgespaltenen lutheranischen Kirche wandte sich daraufhin in heuchlerischer Besorgnis an die Regierung und erhielt promt das gewünschte Dementi. Der 'Mercurio' veröffentlichte am 11.2.76 die Antwort des Kanzleichefs von Pinochet, Covarrubios:" Der Herr Frenz lügt, da er keinerlei Unterredung mit seiner Exzellenz dem Präsidenten der Republik hatte und noch weniger eine Antwort dieses Charakters."
Von Helmut Frenz erhielten wir dazu folgende Erklärung:
" In der Offentlichkeit des In- und Auslandes habe ich wiederholt über ein Gespräch mit Pinochet berichtet, das ich am 13.November 1974 morgens um 1o Uhr im Beisein von Bischof Fernando Ariztia im Gebäude Diego Portales geführt habe. Uber dieses Gespräch habe ich auch vor der Menschenrechtskommission der UNO am 12.1.76 unter Eid berichtet. In diesem Gespräch Gespräch hat Pinochet unter anderem gesagt:" Die Staatssicherheit steht über den Menschenrechten. Deshalb müssen die Miristas gefoltert werden, weil sie sonst nicht aussagen." Diese Aussage meinerseits ist für Pinochet gefährlich. Deshalb ist es verständlich, daß er versucht, mich in der Offentlichkeit unglaubwürdig zu machen. In Chile mag dies vielleicht möglich sein. Ich hoffe jedoch, daß mein Zeugnis über Pinochet außerhalb Chiles geglaubt wird.
Es müßte Herrn Pinochet bekannt sein, daß ich vor der UNO unter Eid ausgesagt habe. Ich lade ihn hiermit öffentlich ein, gegen mich ein Meineidverfahren anzustreben. Ich fürchte ein solches Verfahren nicht. Herr Pinochet müßte ein starkes Interesse an einem Prozeß gegen mich haben, denn ein 'demokratischer Präsident' darf doch nicht vor der Weltöffentlichkeit als Lügner erscheinen

Helmut Frenz.

General Diaz

Er nannte die Entschließung der Kommission "unverschämt" und sagte, sie beruhe auf Erklärungen "von gewöhnlichen Verbrechern und Justizflüchtigen im Ausland" und enthalte Beleidigungen, die nur "Wahnvorstellungen von Geisteskranken" hervorbringen könnten. In der Junta-Presse wurde die Erklärung denn auch als Höhepunkt der vom Kreml inszenierten gegen gegen ganz Chile gerichteten internationalen Verschwörung gewertet.

Verfolgung und Widerstand

Eine Wirtschaftspolitik zum alleinigen Nutzen der inländischen Monopole und des Auslandskapitals, wie sie von der Junta durchgeführt wird, braucht notwendig als Basis die Repression und den Terror. Insofern kann die chilenische Regierung den Aufforderungen der UN-Menschenrechtskommission nicht nachkommen. Immerhin kann sie die Unterdrückung so systematisieren und rationalisieren, daß die Optik wenigstens etwas verbessert wird. In diesem Sinn sind zwei Regierungsdekrete zu verstehen, die am 29. Januar und am 26. Februar veröffentlicht wurden und die Behandlung von Personen zum Gegenstand haben, die aufgrund des Belagerungszustandes verhaftet werden.

Die wichtigsten Bestimmungen besagen, daß

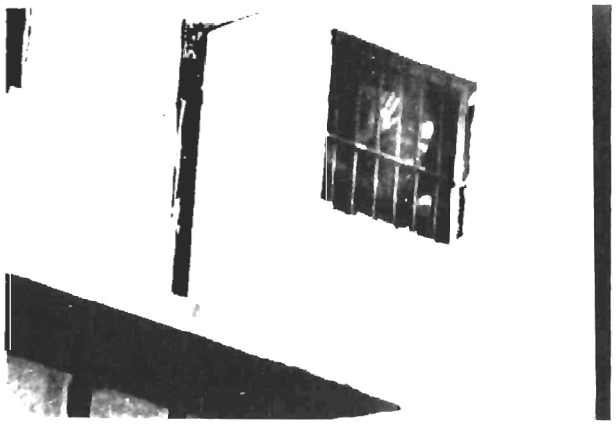
- verhaftete Ausländer sofort auszuweisen sind,
- verhaftete Chilenen direkt nach ihrer Verhaftung und vor ihrer Entlassung ärztlich zu untersuchen sind,
- die nächsten Angehörigen binnen 48 Stunden zu unterrichten sind,
- die Zahl der Konzentrationslager ("Haftorte") auf drei beschränkt wird (Puchuncaví in der Provinz Valparaiso, sowie Tres Alamos und Cuatro Alamos in Santiago) und
- der Präsident des Obersten Gerichts und der Justizminister die Konzentrationslager jederzeit besuchen können.

Der Erlaß dieser Dekrete wurde von der Junta und ihren Sprechern als großer Erfolg gefeiert, weil die frühere Gesetzgebung in Chile diese Materie (Verhaftungen aufgrund des Belagerungszustandes) stets vernachlässigt

habe. Die Verfassung, die die Militärs mit Füßen getreten haben, hat allerdings diese Materie nie behandelt, weil in ihr der Belagerungszustand eine zeitlich eng befristete Maßnahme darstellte, die außerdem die normalen Garantien für verhaftete Personen nicht außer Kraft setzte. Einen Fortschritt stellen die neuen Dekrete auch schon insofern nicht dar, als ihr wesentlicher Inhalt auch schon in einem Dekret enthalten war, das im Mai 1975 erlassen wurde und über das sich die Geheimpolizei stets souverän hinweggesetzt hat. Die neuen Dekrete dienen also vor allem der Beruhigung der Gewissen der Militärs und ihrer internationalen Geldgeber. In Wahrheit öffnen sie das Tor für neue Verhaftungswellen.

Der Belagerungszustand und das nächtliche Ausgangsverbot existieren nach wie vor. Unangemeldete Versammlungen sowie Wahlen jeglicher Art bleiben verboten, sei es nun in Gewerkschaften, in Verbänden oder in Sportvereinen. Der einzige größere Wahlkampf, der in letzter Zeit stattfand, ergab sich anläßlich der Wahl des Aufsichtsrats der reprivatisierten Banco de Chile. Und er endete sofort in einem Skandal: es kam heraus, daß der ehemalige Chef der für den Verkauf der Aktion zuständigen CORFO sich selbst mehr Aktien verkauft hatte als selbst die Gesetze der Junta erlaubten. Der Vertreter der Belegschaft der Bank im Aufsichtsrat wurde natürlich nicht gewählt, sondern von der Regierung bestellt.

Aber auch die Verhaftungen hören nicht auf. Allein in der ersten Märzwoche wurden mehr als 1600 Personen in Chile verhaftet. Fast noch schlimmer ist, daß den meisten Verhaftungen keine konkreten Anklagen folgen, so daß viele Häftlinge allein "auf grund des Belagerungszustandes" in Haft sind und nicht wissen, wann sie jemals wieder freikommen werden oder weswegen sie überhaupt in Haft sind. Das ist insbesondere das Schicksal der verhafteten Politiker der Allende-Regierung und der Unidad Popular. Einige wie z. B. die ehemaligen Minister Pedro Felipe Ramírez (Christliche Linke) und Aníbal Palma (Radikale Partei) hat man zunächst wegen



Pedro Felipe Ramirez im Gefängnis

angeblicher Wirtschaftsdelikte angeklagt und aufgrund gefälschter Beweise oder absurder Beweisführungen verurteilt. Die Strafen fielen jedoch so niedrig aus, daß man sie wegen der erlittenen Untersuchungshaft sofort hat freilassen müssen. Daraufhin wurden sie "aufgrund des Belagerungszustandes" gleich wieder verhaftet.

Im September 1975 verkündete die Junta schließlich zum ersten Mal, daß die Marine in Valparaiso einen Prozeß wegen Aufstandes gegen Luis Corvalán, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und andere vorbereite. Ramírez, Palma und andere Prominente wie Sergio Vuskovic, ehemaliger Bürgermeister von Valparaiso (KP) und Sergio Sepúlveda, sozialistischer Abgeordneter der gleichnamigen Provinz, wurden zu dieser Zeit in das Gefängnis von Valparaiso überführt.

Von September 1975 bis Januar 1976 hat sich jedoch die Marine ständig gegen die Durchführung dieses Prozesses gesträubt, weil er die Identifizierung der Marine mit der allgemeinen Repressionspolitik Pinochets bedeutet hätte. Schließlich wurde im Januar der Admiral Horacio Justiniano, zweiter Mann der Marine, oberster Marinerichter und als solcher Führer der Opposition, zum Abschied vom aktiven Dienst veranlaßt. Damit war die Bahn für den angekündigten Prozeß frei. Immerhin hatte die Marine erreicht, daß der Prozeß nicht, wie ursprünglich geplant, vor einem Kriegsgericht, sondern vor einem Militärgericht in Friedenszeiten stattfinden wird. Damit wird es zumindest möglich, vor dem Obersten Gericht Chiles in die Berufung zu gehen. Nach allem, was man weiß, soll der Prozeß noch im März beginnen. Er soll die bisherigen wichtigen Prozesse zusammenfassen und alle Parteien der Unidad Popular treffen. Deswegen ist zu erwarten, daß neben den schon genannten Personen auch der ehemalige Minister Fernando Flores (MAPU-OC), Leopoldo Luna (MAPU) und der Sozialist Erik Schnake mitangeklagt werden. Die letzten beiden waren schon Angeklagte in den großen Prozessen gegen verfassungstreue Soldaten und Offiziere der Marine (Luna) und der Luftwaffe (Schnake).

Die Verteidigung wird nur minimale Möglichkeiten haben, die Anklageschrift zu studieren. Nach dem Aufsehen, das der Luftwaffenprozeß 1974 erregt hat, ist es auch undenkbar, daß internationale Beobachter oder ausländische Anwälte zu dem Prozeß zugelassen werden.
Die Hauptschwierigkeit für die Ankläger besteht nämlich darin, daß niemand bisher behaupten oder gar beweisen konnte, daß einer der Hauptangeklagten auch nur mit einem Militär gesprochen hätte, um ihn von der Notwendigkeit der Verteidigung der Verfassung gegen einen drohenden Putsch zu überzeugen. Das wäre in den Augen der Junta Aufstand gewesen. Aber nicht einmal das ist nachzuweisen. So wird die Anklage sich auf Konstruktionen stützen, die es ratsam erscheinen lassen, das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Umso wichtiger ist der Druck der internationalen Solidaritätsbewegung für Luis Corvalán, Erik Schnake, Leopoldo Luna, Pedro Felipe Ramírez, Aníbal Palma, Fernando Flores und alle anderen politischen Gefangenen.

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Unter dem Druck der internationalen öffentlichen Meinung hat die Junta inzwischen auch die MIR-Führer Andrés Pascal Allende und Nelson Gutiérrez, die sich in Botschaften geflüchtet hatten, nach Costa Rica bzw. Schweden ausreisen lassen.

Trotz des Terrors und der Unterdrückung ist der Widerstand der Linken noch immer lebendig. Allerdings kann er naturgemäß nur in seltenen Fällen spektakuläre Formen annehmen. Die chilenische Presse veröffentlicht vor allem Vorfälle, die sich nicht verheimlichen lassen, und auch dann werden meistens wichtige Tatsachen verschwiegen oder gefälscht. So wird berichtet, daß Ende Januar in Viña del Mar ein Lager des MAPU ausgehoben wurde, mehrere Mitglieder der Partei wurden verhaftet. Am 23. Februar kam es in Santiago zu einem schweren Zwischenfall, als bei der Durchsuchung eines Hauses ein Polizist, ein Nachbarskind und drei "gefährliche Mitglieder des MIR" ums Leben kamen. Zwei dieser angeblichen Mitglieder des MIR waren Geschwister des MIR-Führers Dagoberto Pérez, Kinder von 9 und 12 Jahren. Von Dagoberto Pérez selbst weiß man nicht, ob er, wie die Zeitungen im Okotber 1975 schrieben, wirklich bei einem bewaffneten Zwischenfall ums Leben gekommen ist. Die Bemühungen seiner Angehörigen um die Herausgabe seines Leichnams blieben jedenfalls bis heute völlig erfolglos. Entscheidend aber ist, daß jetzt auch die Arbeiter nicht mehr stillhalten, trotz der Repression und der Konkurrenz um die Arbeitsplätze. Obwohl die Aufstellung von Forderungen durch die Gewerkschaften strikt verboten ist, hat Anfang März der nationale Dachverband der Bergarbeiter FENAMI gegenüber dem Arbeitsministerium gefordert, die Löhne monatlich dem Rhythmus der Inflation anzupassen, die Mindestlöhne von weniger als 20 Dollar auf 85 Dollar monatlich anzuheben und die Preise für lebensnotwendige Nahrungsmittel einzufrieren. Die Bergarbeiter Chiles haben eine lange Tradition im Kampf um wirtschaftliche Verbesserungen gegen US-Konzerne und Regierungen (auch gegen Allende). Außerdem hängt von ihnen die Kupferproduktion ab. Ihre Forderungen sind also eine echte Provokation für die Junta.

Die Trümpfe Pinochets

Eine wirtschaftliche Dauerkrise und eine unbarmherzige Repressionspolitik, wie sie in Chile herrschen, würde in jedem halbwegs auf Zustimmung der Bevölkerung gegründeten System für die Regierung nicht nur zu einer schweren Legitimationskrise, sondern zum sofortigen Untergang führen. In diesem Sinne hat auch der christdemokratische Expräsident Eduardo Frei recht, wenn er in seinem kürzlich veröffentlichten Buch (vgl. Auszüge in dieser Nummer) feststellt, daß die herrschenden Gruppen der chilenischen Rechten selbst wissen, daß sie eine winzige Minderheit sind. Nur hat diese winzige Minderheit die vollständige und unkontrollierte Macht in ihren Händen und ist auf die Zustimmung der Bevölkerung nicht angewiesen. Das einzige Zugeständnis an die öffentliche Meinung ist eine halbjährlich stattfindende, von der US-Firma Gallup organisierte "Meinungsumfrage", durch die sich die Junta bestätigen läßt, daß angeblich die große Mehrheit der Chilenen für die Junta, für eine autoritäre Regierung, gegen jede Form von Wahlen oder Parteien ist. Das ganze Verfahren ist von vorneherein so lächerlich, daß noch niemand versucht hat, die "Ergebnisse" der Umfrage in irgendeiner Weise als Argument zu benutzen.

Ernsthafte Frage

Nach dem Ergebnis der letzten Gallup-Umfrage wollten Ende 1975 noch 77% der Chilenen im Land bleiben, wenn sie die Möglichkeit der Auswanderung hätten. Anfang 1975 hatten so noch 81% gedacht.

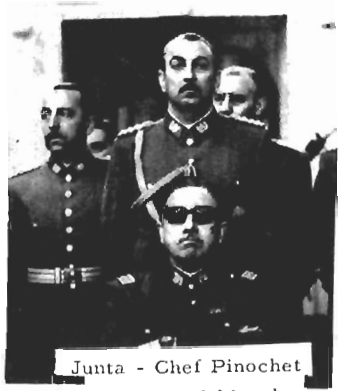
Eine tatsächliche Änderung der Politik der Militärjunta ist bei der Konzentration aller Macht in ihren Händen nur zu denken, wenn wesentliche Teile des Militärs nicht nur eine solche Änderung verlangen, sondern auch entschlossen sind, sie - im Zweifelsfall gewaltsam - durchzusetzen. Das aber kann nicht in der Form eines öffentlichen Meinungsbildungsprozesses vor sich gehen. Jeder, dessen abweichende Meinungen bekannt werden, ist im Gegenteil dazu verurteilt, seinen Abschied zu nehmen (wie z. B. die Generäle Urbina, Torres de la Cruz, Arellano Stark und der Admiral Justiniano) oder zu sterben (wie z. B. der General Bonilla bei einem "Unfall").

Die wirtschaftliche Dauerkrise, das Elend der Massen, die Unzufriedenheit der Bevölkerung bis hin zu großen Teilen der Bourgeoisie und die internationale Isolierung der Junta können also auch bei einer weiteren Verschärfung nicht unmittelbar bewirken, daß die Junta fällt oder ihre Macht freiwillig aus der Hand gibt. Sie können aber erreichen, daß sich innerhalb der militärisch-politischen Machtstruktur ein zunächst unsichtbarer Fäulnisprozeß fortentwickelt, der eines Tages zum Sturz der Junta oder zumindest Pinochets führt.

Welches sind nun die Trümpfe, die Pinochet in der Hand hält, um seine Macht als Juntachef zu verteidigen?

Erstens hat es Pinochet verstanden, die meisten der ihm nicht voll ergebenen Generäle aus dem Heer zu beseitigen. An ihre Stelle sind Männer getreten, die dank seiner Protektion schnell aufgestiegen sind. Dazu gehören u. a. die Brigadegenerale Ewing und Morel, die zur Zeit des Putsches nur den Rang eines Obersten bekleideten und heute wichtige Truppenteile kommandieren. Ewing war nach dem Putsch zunächst Generalsekretär der Junta, danach Militärattaché in Madrid und Einsatzleiter der Geheimpolizei DINA in Europa. Morel war längere Zeit persönlicher Adjudant von Pinochet.

Pedro Ewing



Junta - Chef Pinochet und General Morel

Die zweite wichtige Machtstütze Pinochets neben dem Generalkorps des Heeres ist die seinem Befehl direkt unterstehende DINA, die neben der zentralen Aufgabe der allgemeinen Unterdrückung jeglicher Art von Opposition auch damit beauftragt ist, einerseits die Offiziere des Heeres, andererseits die Geheimpolizeien der drei Teilstreitkräfte und der bewaffneten Polizei zu kontrollieren und zu überwachen.

Ein weiterer Vorteil Pinochets ist, daß die beiden bürgerlichen Strömungen, die am ehesten den Genrälen eine Alternative zu seinem Regime anbieten könnten, nämlich die faschistische von Luftwaffenchef Leigh und Pablo Rodriguez und die christdemokratische von Ex-Präsident Frei zwar in einzelnen Punkten (so in der Kritik an der Wirtschaftspolitik) miteinander übereinstimmen, in allen Fragen der Macht und des Einflusses einander aber bis aufs Messer bekämpfen.

Schließlich können Pinochet und sein Finanzminister Cauas noch auf das Wohlwollen der chilenischen Großbourgeoisie, der internationalen Konzerne, des Weltwährungsfonds, der rechtsgerichteten lateinamerikanischen Diktaturen und des Pentagon und zumindest auf die Neutralität des State Department in Washington rechnen. (Ob sich bei einem Regierungswechsel in den USA wirklich etwas ändern sollte, wenn die Demokraten an die Macht kämen, bleibt abzuwarten. Die Interventionen in Vietnam, Cuba und Santo Domingo wurden schließlich nicht unter der Verantwortung von Goldwater, sondern der von John F. Kennedy und Lyndon Johnson durchgeführt.)

Ein entscheidendes Moment darf schließlich nicht unerwähnt bleiben: die Angst der gesamten chilenischen Bourgeoisie vor Experimenten. Jedermann weiß, daß nur der politische und wirtschaftliche Terror die Arbeiterklasse ruhig hält, daß die Arbeiter durch den Putsch nicht dem Marxismus von einem Tag auf den anderen entfremdet werden konnten. Der "Mercurio" hämmert es seinen Lesern in seiner Sprache immer wieder ein: "Die chilenische Demokratie wurde von einer außerordentlichen Bombe bedroht, auf die sie angemessen reagierte. Die Aufgabe, den explosiven Apparat zu kontrollieren und zu neutralisieren ist nicht leicht und kann nicht übereilt werden. Von daher ist es unumgänglich, außerordentliche Sicherheitsmaßnahmen beizubehalten, und deshalb ist es auch wirklich unmöglich, zu einem normalen System der Wahlen und Parteien zurückzukehren; denn das Erste ist, diesen politischen Zündstoff zu entschärfen." (El Mercurio Edición Internacional, 22.-29.2.1976). Die Angst des Bürgertums vor dem Sozialismus als Ergebnis jeder demokratischen Entwicklung ist eine Waffe in der Hand Pinochets. Frei glaubt, diese Angst durch Antikommunismus überwinden zu können. Das kann nicht der Weg der chilenischen Linken sein. Die Linke in Chile und außerhalb Chiles und die internationale Solidaritätsbewegung müssen sich unter diesen Umständen auf einen langen Kampf vorbereiten. Sie müssen aber auch jederzeit bereit sein, auf neue Situationen angemessen und gemeinsam zu reagieren.

★Mord an ehemaligen MIR-Mitgliedern

Am 1o. Dezember wurde die Leiche von Humberto Menanteaux im leichenschauhaus von Santiago von seinen Angehörigen identifiziert-am 11,12. die von Hernán Carrasco: die beiden Toten hatten zu jenen vier ehemaligen MIR-Mitgliedern gehört, die im Februar 75 in einer von der Junta inszenierten Fernseh-Show die Mitglieder des MIR zur Aufgabe des Widerstandes aufriefen, nachdem sie sich über 2 Monate in den Händen der DINA befunden hatten, in Quatro Alamos und Villa Grimaldi.
Der MIR hatte damals die vier zum Tode verurteilt.
Trotzdem war es offenbar nicht der MIR, sondern die DINA, die für den Tod der beiden verantwortlich ist. (Die anderen beiden konnten -vor Francos Tod- nach Spanien ausreisen.)
Nachrichten, die uns auf verschiedenen Wegen erreichten, stimmen in den wesentlichen Punkten überein und erlauben folgende Rekonstruktion:
Ende 75 wurden drei der vier frei gelassen, der vierte, Cristian Mallol, offenbar etwas später.
Etwa Mitte November wird Humberto Menanteaux in seiner Wohnung verhaftet, einen Tag darauf Carrasco. Die Verhafteten konnten den Anwesenden zurufen, daß das Verhaftungskommando aus Agenten der DINA bestand.
Knapp eine Woche später erhielten die Ehefrauen der beiden Verhafteten telefonisch und schriftlich "Todesurteile" gegen ihre Männer. Angeblich im Namen des MIR. (Fast gleichzeitig erschienen übrigens im "Mercurio", dem traditionellen Organ der Großbourgeoisie, die gefälschten "Todesurteile" gegen Andres Pascal und Nelson Gutierrez, die beiden MIR-Führer, die vor der konzentrierten Verfolgung der DINA schließlich in Botschaften Zuflucht gesucht hatten; der MIR dementierte diese Todesurteile am 30.11. 1975. s. Chile-Nachrichten Nr. 33)
Menanteaux und Carrasco waren erschossen worden. Die Leichen beider wurden auf Abfallhaufen gefunden, die Leichen waren von Tieren verstümmelt. Als die Verwandten die Leichen identifizierten, waren Angehörige der DINA anwesend.
Die chilenische Presse hat den Fall übrigens n i c h t aufgegriffen, wie es logisch wäre, wenn der MIR die Todesurteile vollstreckt hätte.
Bleibt die Frage, warum zwei der vier nach Spanien ausreisen durften, die beiden anderen dieses Ende fanden: In Chile sieht man den Unterschied in der unterschiedlichen Bereitschaft zur Kollaboration.

Alltägliches aus Santiago

Jeder Offizier hat heute die einfachen Soldaten zum Reinmachen, einen , der die Frau zum Einkaufen chauffiert, sie haben jeden service. Da laufen sie herum wie Butler. Die Leute von der Luftwaffe, in Las Condes, die haben mindestens drei amerikanische Wagen vor der Tür. Den Soldaten dagegen geht es doch ziemlich schlecht. Obwohl bei uns jetzt der Wehrdienst auf 2 Jahre erhöht wurde, behält man sie in den Kasernen.

Frauen werden eingezogen:

Frauen werden im Fallschirmspringen ausgebildet. Das heißt sie werden nicht etwa nur für traditionelle Frauentätigkeiten eingesetzt als Krankenschwestern oder so, sie bekommen richtigen militärischen Drill. Jetzt um die Weihnachtszeit herum haben wir die Vereidigung der ersten weiblichen Offiziere gehabt. Damit versuchen sie ja so ein bißchen unsere Arbeitslosigkeit zu kaschieren. Das heißt, sie ziehen auch mehr Männer ein, und oft behalten sie sie auch länger, als ihre Militärzeit dauert. Dafür und für die Waffenkäufe geben sie ja auch ungeheure Summen aus.

Die Mentalität unserer Soldaten ist folgendermaßen. Die alleruntersten Grade werden von den oberen Graden schikaniert. Sie werden getrietzt, sie werden beschimpft, sie werden geschlagen, und sie müssen das ertragen ganz stoisch, denn das ist ja männlich. Ein guter Soldat nimmt ja alles im Kampf hin, er läßt sich von seinem Vorgesetzten schinden, er erträgt, daß man ihn demütigt. Er kann sich nun nicht abreagieren, es ist ja kein Kriegszustand, er kann

Santiago 1976: Mütter suchen im Müll [illegible]

auch nicht gegen seine Vorgesetzten vorgehen, er lehnt sich also gegen den auf, der ihm ausgeliefert ist, und wer ist das ? es ist zur Zeit der politische Gefangene, obwohl er vielleicht selber aus einer población kommt, obwohl er aus derselben Schicht kommt wie dieser Mann, den er da gerade vor sich hat, ist es ihm aber so eingebleut worden, daß er sich beweisen muß, daß er ein Mann ist, so hat er also nur sein imaginäres Feindbild, und er läßt sich an dem politischen Gefangenen aus .

Im ganzen Militär gibt es natürlich eine sehr große Unruhe. Das erscheint natürlich nicht in den Massenmedien. Es gibt eben Leute, die nicht diesen Weg gehen wollen, die nicht brutal sein wollen, aber man versucht, den Leuten klar zu machen, was wirklich im Land los ist, daß die Leute Hunger leiden.

Da ist jetzt etwas sehr Merkwürdiges passiert, man hatte General Mendoza unter Hausarrest gestellt, weil er gut mit seinen Leuten umgehen kann, mit allen bis zum untersten Grad. Jetzt hat er sich aber ganz auf die Seite von Pinochet gestellt.

Die Polizisten müssen alles machen, und sie werden am schlechtesten bezahlt. Diese Leute sind am unzufriedensten. Das ging so weit, daß die Polizei unter die Oberhoheit des Verteidigungsministeriums gestellt wurde.

Wo immer noch ein Stückchen unbebautes Land ist, da steht ein Schild:"recinto militar"(Militärisches Gebiet). Das ist alles vermint, das ist alles vom Militär beschlagnahmt, sie bauen auch ihre eigenen Häuser.

Ein Beispiel für das Mißtrauen, das in Santiago herrscht. Raoul Saez ist jetzt von seinem Posten zurückgetreten, weil er meinte, die wirtschaftliche Situation und die Wirtschaftspolitik nicht mehr verteidigen zu können. Der hat also eine eigene Leibwache. Dabei kann man einmal erkennen, wie weit das Mißtrauen unter den eigenen Leuten schon gediehen ist. Außerdem bewacht die DINA den Raoul Saez, obwohl er bis Ende des Jahres noch Minister gewesen ist. Die DINA umstellt sein Haus zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Seine Leibwache liefert sich da also Gefechte mit der DINA. Die Frau ist schon hysterisch und läuft auf die Straße, wenn die DINA mit ihrem Wagen vorbeikommt. Sie kennt die Leute von der DINA. Sie kommt heraus und schreit da herum:"Bringt mich doch um, nun bringt mich doch um, ich weiß ja, daß ihr mich umbringen wollt!"

Leigh ist ja auch schon mal unter Hausarrest gestellt worden, Juli/August hat er in seinem eigenen FACH Hospital unter Hausarrest gestanden. Er hatte eben immer gegen diese Wirtschaftspolitik gesprochen.

Der Alkoholismus ist unglaublich gestiegen. Die Selbstmordrate ist in einem unwahrscheinlichen Maße gespiegen. Neulich bekam ich mit, wie sich ein Mann aus einem elften Stockwerk stürzte, als er seine Kündigung mitgeteilt bekommen hatte. Viele sterben an schlechten Nahrungsmitteln. Sie lesen Eßbares auf der Straße oder auf dem Müll auf. Oft ist das dann schon ungenießbar, und sie sterben daran.

Immer wieder gibt es Boykotts oder Sabotageaktionen. So stürzen zum Beispiel Hubschrauber ab, und man bekommt hinterher heraus, daß Sand ins Getriebe geschüttet wurde. In den Fabriken gibt es Fälle, wo Maschinen beschädigt werden. Ich kenne einige Großbrände, so zum Beispiel bei Carozzi und Lucetti. Dann gibt es Beipiele dafür, daß die Leute sich zusammentun, um hohe Strompreise nicht zu bezahlen.

Die Unterwanderung der Unidad Popular von Anfang an war ziemlich gut organisiert. So ist also auch Romo nur ein Beispiel. Da ist zum Beispiel der Fall ITT. Die ITT wurde interveniert und bekam einen Interventor. Da kam also ein jüngerer Mann mit langen Haaren, schlampig, und der gammelte immer nur so herum. Die Leute haben sich schon aufgeregt, daß er nicht richtig arbeitet. Nach etwa einem halben Jahr verschwand er. Er hatte nur Reden geschwungen, die Leute waren nicht einverstanden. Dann, als er verschwand, waren die Leute also ganz froh. Dann kam der Putsch und nach dem Putsch , alle, Angestellte und Arbeiter, mußten sich in einer Reihe aufstellen, und dann schritt ein Kommandant die Reihe ab, neben ihm ein junger Mann in Uniform, die Leute wußten nicht genau, woher sie das Gesicht kannten. Dann wurden alle Anhänger der Unidad Popular und alle Sympathisanten aus der Reihe herausgeholt und verhaftet. Später fiel den Leuten auf, der junge Mann in der Begleitung des Kommandanten war der, der früher langhaarig war und der nur herumgegammelt und kluge Reden geschwungen hatte. Er hatte also nichts anderes getan, als sich die Namen derjenigen zu merken, die Anhänger und Sympathisanten waren, um die nun nach dem Putsch verraten zu können.

WITZE IN SANTIAGO

In Santiago gibt es so eine Art Mehrwertsteuer:
Impuesto al Valor Agregado, d.h. I V A
die Bevölkerung macht daraus:
Imposible vivir aqui (IVA) Es ist unmöglich hier zu leben
Imprescindible que vuelva Allende (IVA) Es ist unumgänglich, daß Allende zurückkehrt.

ein anderer "Witz"
Pinochet freut sich über Witze, aber nicht, wenn man sie ihm erklärt.
Viele "Witze" handeln von der "Dummheit" der Militärs:
Ein Kaninchen rennt durch Santiago, es rennt und jagt . Als es ein anderes Kaninchen fragt, sag mal, warum rennst Du denn so, sagt es: "Ja, man hat eben durchgegeben, sie werden jetzt alle Elefanten festnehmen". - "Ja aber warum rennst Du dann, wir sind doch Kaninchen?" - "Ja, das sagst Du, aber wer kann Dir versichern, daß sie uns nicht für Elefanten halten?"

Pinochet beauftragt seinen ghost writer , ihm eine Rede von nicht mehr als 15 Minuten zu schreiben, dieser verspricht, den Auftrag wunschgemäß auszuführen. Zum angesetzten Zeitpunkt beginnt Pinochet, die Rede vorzulesen. Er liest eine Viertelstunde, zwanzig Minuten, dreißig, vierzig Minuten, schließlich nach fünfundvierzig Minuten schreit er puterrot seinen ghost writer an: "Ich lasse Sie umbringen, wo ich Ihnen doch gesagt habe, in keinem Fall soll die Rede länger sein als 15 Minuten!" Blaß und zitternd antwortet der Untergebene: "Mein General, wie konnte ich denn wissen, daß Sie die Kopien auch mitlesen?!"

DOKUMENTATION

EDUARDO FREI

Auf den folgenden Seiten dokumentieren die CHILE-NACHRICHTEN ausführlich, wie bereits angekündigt, die Ansichten des christdemokratisohen Ex-Präsidenten von Chile Eduardo Frei, wie sie in einer von ihm Ende 1975 veröffentlichten Broschüre zum Ausdruck kommen. In Chile selbst wurde diese Broschüre im vollen Wortlaut in der juntatreuen Tageszeitung "El Cronista" veröffentlicht, jede - positive oder negative - Stellungnahme dazu aber unter Hinweis auf das Verbot der Parteipolitik ausdrücklich verboten.
Über die Bedeutung dieses Dokuments - gerade auch für die Diskussion innerhalb der chilenischen Linken - kann kein Zweifel bestehen. Wir haben dazu bereits in der vorigen Nummer (Nr. 34, S. 10) Stellung genommen. Die französische Tageszeitung LE MONDE hielt es immerhin für so wichtig, daß sie fast den gesamten Wortlaut abdruckte. (In Frankreich erübrigt sich sowieso eine Zeitschrift, die den CHILE-NACHRICHTEN vergleichbar wäre, weil die normale bürgerliche Presse einigermaßen umfassend informiert). In der Bundesrepublik brachte nur der SPIEGEL einige Passagen, die weit hinter den folgenden Auszügen zurückbleiben.
Wir halten es allerdings in jedem Fall für richtig und notwendig, den Auszügen aus Freis Brosohüre zur Erinnerung einige Zitate aus dem Jahr 1973 voranzusetzen, die für sein Verhalten gegenüber den Putschisten vor und nach dem Putsch vom September 1973 kennzeichnend sind.

Frei 1973:

Rechtfertigung des Faschismus

"Wenn eine Regierung die sozialen Gesetze nicht erfüllen will, die Warnungen der Anwaltskammer in den Wind schlägt, das höchste Gericht beschimpft und mißachtet,...das ökonomische Chaos provoziert, streikende Arbeiter festnimmt und tötet, die individuellen und politischen Freiheiten unterbindet,...wenn eine Regierung so vorgeht, wenn sich in einem Land Bedingungen entwickeln, wie sie weder in Chile noch in der Weltgeschichte je mit solcher Klarheit entstanden sind, dann verwandelt sich das Recht der Rebellion in die Pflicht zur Rebellion. Es ist ein juristisches Recht, was alle Juristen und Historiker bestätigen."

Wäre dies die Quintessenz von Freis neuestem Dokument und gegen die Militärjunta gerichtet, man könnte ihm nur zustimmen und ihn beglückwünschen zu diesen klaren Sprache eines aufrechten Demokraten.

Jedoch stammen diese Sätze aus einem Interview, das einen Monat nach dem Putsch in der spanischen Zeitung "ABC" erschien (Ausgabe vom 10.10.1973, Übersetzung in CHILE-NACHRICHTEN Nr.9 vom 9.11. 1973) und zum Ziel hatte, den Militärputsch gegen die verfassungsmäßige Regierung von Allende zu rechtfertigen.

Wenn Frei heute - in wohlabgewogenen Worten - die Mißachtung der Menschenrechte, die wirtschaftliche Dauerkrise und die politische Entrechtung beklagt und die Schuld dafür irgendwelchen anonymen "faschistischen Sektoren in der Regierung" gibt, dann muß dies stets vor dem Hintergrund gesehen werden, daß Frei der wichtigste Steigbügelhalter eben dieser "faschistischen Sektoren" war und alles in seinen Kräften stehende dazu beigetragen hat, den heutigen Zustand des Terrors und der Ausbeutung mit zu ermöglichen.

Die Geschichte der christdemokratischen Beteiligung an den Putschvorbereitungen und ihrer Mitwirkung an der Verfolgung der Linken nach dem Putsch muß noch geschrieben werden; der deutlichste Markstein ist dabei die Resolution der christdemokratischen Mehrheit im Kongreß vom 23.8.1973, daß Allende sich außerhalb der Verfassung gestellt habe - womit sie praktisch die Militärs von jeder Treue zur Verfassung lossprachen.

Frei selbst liefert mit seinen Aussagen von 1973 die Interpretation seiner Aussagen von 1976:

"Die Militärs haben Chile und uns alle gerettet...Die Streitkräfte haben wirklich das Land vor der totalen Vernichtung bewahrt...Die Militärs wurden gerufen, und sie erfüllten ihre gesetzliche Pflicht, denn die Legislative und die Judikative, der Kongreß und das oberste Gericht hatten öffentlich festgestellt, daß der Präsident und seine Herrschaft die Verfassung übertreten hatten...Alle seine Versprechen brechend und sich von der Legalität entfernend, begann Salvador Allende ein Werk systemathischer Zerstörung der Nation, ...die heute keinen anderen Ausweg mehr hat als die Militärregierung.Das Programm der Marxisten war unerbittlich: Die totale Eroberung der Macht außerhalb der Gesetzmäßigkeit, denn sie glaubten, die einzigen Autoren einer neuen Verfassung sein zu dürfen... Die Welt weiß nicht,daß der chilenische Marxismus über eine bessere Ausrüstung verfügte als das Heer...Ich kann nicht sagen, daß wir gerettet seien, denn Tag für Tag entdecken die Streitkräfte Feuerstände und Waffenlager. Der Bürgerkrieg war von den Marxisten perfekt vorbereitet worden...Die Christdemokratie wollte das natürlich nicht. Sie wollte den Krebs nicht operieren, aber es kommt der Augenblick, wo man den Krebs herausschneiden muß. Unsere Chirurgen sind die Streitkräfte, und das Volk wollte die beharrliche und heroische Intervention.

Frage: Ich habe ein gewisses Mißtrauen unter den Militärs bemerkt, eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den Christdemokraten und gegenüber Ihnen persönlich, Herr Frei.

Frei: Lassen wir diese Kleinigkeiten, tun Sie mir den Gefallen. Ich will nicht über Politik reden...Ich weiß,wo meine Partei steht und was meine Pflicht ist." Soweit Frei 1973.

Frei 1976:

"Der Auftrag der Geschichte und die Forderungen der Zukunft" Auszüge

"Oft werde ich gefragt: Was denken Sie über die Situation in Chile ? Dies ist meine Antwort."

"Ich beginne dieses Schreiben, bewegt von einer Notwendigkeit, der ich mich nicht länger entziehen kann, denn ich kann die tiefe Sorge nicht verbergen, die mich angesichts des Schicksals unseres Vaterlandes erfüllt." ...

"Jetzt wie ehedem habe ich das Recht als Chilene, meinen Gedanken Ausdruck zu geben, und als Mensch auf die törichte und unabläßige Kampagne zu antworten, die gegen die Demokratie als Lebensform, gegen die Christlich-Demokratische Partei und meine Amtshandlungen als Regierender entfesselt worden ist und die jetzt genau vom anderen Extrem kommt. Gewöhnlich habe ich auf diese Attacken nicht reagiert. Wie das Land weiß, habe ich mich selten dazu herabgelassen, mich um sie zu kümmern." ...

"Heute hat sich dieser Prozeß (der Angriffe auf ihn. Anm. d.Red.) verstärkt, weil die politische Vorherrschaft nicht einmal mehr bei den klassischen Gruppen der chilenischen Rechten liegt, die zweifellos eine demokratische Tradition aufrechterhalten haben, sondern sie wird von den extremsten Gruppen getragen, die ihren faschistischen und absolutistischen Charakter hemmungslos dem Lande offenbart haben. Jede Form einer authentischen Demokratie erfüllt sie mit tiefem Abscheu, weil sie sie als das größte Hindernis für ihre Aktionen betrachten." ...

Der Hauptgrund

...

"Für Teile der extremen Rechten wäre es ideal, die öffentliche Meinung ohne Alternative in Kommunisten und Antikommunisten, in Marxisten und Nationalisten aufteilen zu können. Es ist für sie eine große Gefahr und schwere Bedrohung, wenn das Land merkt, daß es nicht in diesem Dilemma steckt, sondern daß es verschiedene Gruppierungen mit unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung gibt, die mit der großen Mehrheit der Chilenen der Meinung sind, daß allein die Demokratie Frieden und Gerechtigkeit, die Durchsetzung der Autorität und ein vernünftiges Zusammenleben garantieren kann. Sie müssen das Land davon überzeugen, daß es keine andere Wahl gibt: sie - oder der Kommunismus und die extreme Linke."

...

"Unter diesen Umständen sind für sie die demokratischen Sektoren gegenwärtig ein großes Risiko, weil sie wissen, daß es nicht leicht ist, ein Volk vergessen zu machen, daß es einmal eine Regierung und andere vor ihr in der schönen Geschichte Chiles gegeben hat, unter der Fortschritt und Freiheit, wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit herrschten, womit bewiesen ist, daß Fortschritt möglich ist, ohne in die Extreme Faschismus oder Kommunismus zu verfallen." ...

Die letzte Gelegenheit

"Diese Gruppen der extremen Rechten wissen, daß jetzt ihre letzte, ihre einzige Gelegenheit gekommen ist. Sie ahnen, daß sie bei freien Wahlen die absolute Minderheit in den Gewerkschaften, Genossenschaften, Berufsorganisationen, in der Universität bei Professoren und Studenten darstellen würden, ganz zu schweigen von allgemeinen Wahlen, in denen das Volk seine Mandatsträger wählen würde. Ihr ganzes Interesse liegt deshalb darin, daß die gegenwärtige Situation beibehalten wird. An dem Tag, an dem sie endet, sind sie nichts und niemand mehr. Die Ideen, die sie vertreten, und die Maßnahmen, die sie ergreifen wollen, werden von niemandem akzeptiert. Sie wissen, daß sie eine winzige Minderheit sind und daß sogar Teile der Rechten ihren Maßnahmen tiefe Vorbehalte entgegenbringen. Deshalb besteht ihre grundlegende Strategie zur Konsolidierung wieder einmal in der Zerstörung jeder möglichen Alternative." ...

(Es folgt eine ausführliche Aufzählung der nach Frei unter seiner Regierung auf allen Gebieten erzielten Fortschritte und ein Vergleich dieser Zeit mit den heutigen Verhältnissen unter der Militärjunta. In einem weiteren Absatz wendet er sich gegen die Geschichtsbetrachtung der Faschisten, derzufolge Chile ein dekadentes, krisengeschütteltes Land gewesen sei, und stellt im Gegensatz dazu die Entwicklung des Landes dar als einen fortschreitenden Prozeß zu größerer sozialer Gerechtigkeit, eine Entwicklung, die nur von der Regierung der Unidad Popular unterbrochen worden sei ...)

Die Hauptziele

"Kein Land kann vor der internationalen Gemeinschaft und vor seinem eigenen Gewissen als Nation bestehen, wenn die Menschenrechte nicht voll beachtet werden, wenn die Universitäten ihre Autonomie nicht wiedererlangen, wenn der Chilene nicht einmal Staatsbürger ist, weil es keine Wahlregister mehr gibt. Kein Land der Welt kann in Frieden leben, wenn seine Gewerkschaften ihre Rechte nicht

wahrnehmen können, wenn die Gemeinschaftsorganisationen kein echtes Leben führen oder paternalistisch gegängelt werden. Mit einem Wort: das Land sucht einen Ausweg und will deshalb nicht, daß die Spannungselemente weiter verschärft werden, die mit der Zeit eine in Übereinklang mit den Traditionen stehende vernünftige Lösung immer mehr erschweren." ...

Die internationale Situation

(Im folgenden geht Frei auf die internationale Isolierung Chiles ein und widerspricht der offiziellen Propaganda, Chile sei ein Opfer der "kommunistischen Weltverschwörung")

"Länder, denen niemand vorwerfen kann, sie seien vom Kommunismus unterjocht, stimmen in den Vereinten Nationen ab oder enthalten sich der Stimme, wie die Vereinigten Staaten oder andere. Und es ist sinnlos, zu leugnen, daß es bitter ist, wenn Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien und die ganzen Freunde von früher, die uns respektierten und hochachteten, nun gegen Chile stimmen. ... Deshalb sollten wir uns besser fragen: sind alle im Irrtum, nur wir nicht ? Sind sie alle einfach Marionetten, falsch informiert ?" ...

Die Wirtschaftspolitik

(Nach einer harten Kritik des von der Junta verfolgten wirtschaftspolitischen Modells der Inflationsbekämpfung kommt Frei zu folgender Schlußfolgerung:)

"Welchen Preis hat das Land dafür bezahlt, daß es am 30. November dieses Jahres (1975) eine Inflationsrate von 311 % hatte anstelle der 338 % (des Vorjahres, d.Red.) ? Die Antwort liegt auf der Hand.

Akzeptieren wir die offiziellen Zahlen, dann erreicht die Arbeitslosigkeit 18 %, ohne Berücksichtigung der Unterbeschäftigung und der massenhaften Auswanderung von Arbeitern, Akademikern und Technikern; die industrielle Produktion ging um mindestens 20 % zurück, die Bautätigkeit um sicher 50 % oder mehr, und das Bruttosozialprodukt ist wahrscheinlich um 12 % oder mehr gefallen." ...

"Im Sektor Landwirtschaft machen selbst die offiziellen Behörden derart widersprüchliche Zahlenangaben, daß es schwierig ist, eine globale Einschätzung zu geben." ...
"Ohne auf Einzelheiten einzugehen, können wir sagen, daß das Grundproblem der Landwirtschaft Chiles traditionell darin bestand, daß die Produktion und das knappe Angebot die Nachfrage nicht befriedigen konnten.
Diese Situation hat sich in den letzten Jahren gewandelt, insbesondere in diesem Jahr, angesichts der Tatsache, daß die Nachfrage des Binnenmarktes mit einer Million mehr Einwohnern als vor fünf Jahren durch ein beträchtlich niedrigeres Realeinkommen nun nicht mehr in der Lage ist, die Produktion zu absorbieren, die sich vor kurzem noch als zu gering und ungenügend erwies." ...

"Diese Politik beinhaltet also nicht nur schwerste Sozialkosten, wie bereits gesagt, sondern zudem wirtschaftliche Kosten, deren Ausmaß und gegenwärtige und zukünftige Konsequenzen schwer meßbar sind. Und das alles bloß, um nach elf Monaten dann eine um neun oder zehn Prozent niedrigere Netto-Inflation zu haben." ...

"Zweifellos wird die Inflationsrate weiter sinken, wenn die Wirtschaftsstagnation fortdauert oder sich verschärft, aber die Erschöpfung ist kein Zeichen von Gesundheit, und eine Inflationsrate von jedenfalls über 32o % für das Jahr 1975 kann nicht als Erfolg hingestellt werden, gleichgültig, wie man es dreht und wendet." ...

"Die Behauptung, die Einkommensverteilung sei erhalten oder verbessert worden und es sei eine Sozialpolitik mit dem Ziel durchgeführt worden, den Lebensstandard der ärmsten Schichten der Bevölkerung zu schützen, hält nicht der geringsten Analyse stand.

Der Rückgang der Kaufkraft der Einkommen beläuft sich 1974 auf 35 % des Standes von 1969. Es gibt andere Schätzungen, die höher oder geringfügig darunter liegen, jedoch können sie nicht unter 3o % sein, welche man auch nimmt, und das Jahr 1975 bringt einen weiteren Rückgang." ...

"Trotz der besonderen Lage, in der sich die Weltwirtschaft befindet, von der gerade die chilenische Wirtschaft in dramatischer Weise in Mitleidenschaft gezogen wird, hält man starrsinnig am System der Marktwirtschaft fest, das zu anderen Zeiten und unter anderen Bedingungen hätte funktionieren können, aber nicht in der anormalen Situation, die das Land durchmacht. Außerdem hat diese Politik zu einer offensichtlichen Konzentration der wirtschaftlichen Macht in immer weniger Händen geführt, und vor den Augen des Landes und unter Strapazierung seiner Geduld werden wahre Imperien aufgebaut, die mit den 'Finanzgesellschaften' begannen und heute Banken aufkaufen und Industrien kontrollieren. Dieselben Bedingungen herrschten bei den systematischen Verkäufen von Staatsunternehmen, die in vielen Fällen nicht eine Entstaatlichung bedeuteten, sondern den Charakter einer echten Entnationalisierung in der ursprünglichen Bedeutung des Wortes annahmen. ...

Bei dieser Veräußerung kauften ausländische Unternehmen in vielen Fällen bestehende und gut funktionierende Industrien zu Bedingungen auf, die dem Land zumindest unverständlich sind, wofür man eine ganze Reihe von Beispielen anführen könnte.

Die CORFO (staatliche Industrieförderungsgesellschaft. Anm.d.Red.) hat 7o % der Aktien von MANESA (eine Reifenfabrik in Coquimbo) an FIRESTONE verkauft, sowie die Zellulosefabrik von Arauco an PARSON & WHITEMORE, beides Unternehmen, deren Zukunftsperspektiven für eine ganze Region lebenswichtig waren und die die wertvollsten Ressourcen darstellen, die Chile gebraucht hätte, um auf den internationalen Märkten präsent zu sein, die aber nun in ausländische Hände übergehen. Dies ist nicht der Ort, den Preis und die Bedingungen dieser Verkäufe zu untersuchen.

Es steht außer Zweifel, daß die CORFO nicht Unternehmen in ihren Händen hätte konzentrieren sollen, die nicht ihren eigentlichen Zielsetzungen entsprachen, aber es ist ganz was anderes, wenn man sich der Elemente entledigt, die für die Entwicklung des Landes eine Schlüsselstellung einnehmen oder die Kontrolle über die Basisindustrien in der Wirtschaft gewährleisten." ...

"Man muß sich gleichfalls fragen, welche Gesellschaftsform und welcher Entwicklungsweg angestrebt werden, und welche Vorstellungen hinter dem derzeit praktizierten Modell stehen ? ... Diese Fragen stehen im Mittelpunkt eines jeden Projektes der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, und sie setzen die Bestimmung der Rolle des Staates, der Unternehmen und der Arbeiterschaft voraus." ...

Der Chilene fragt

"Wir müssen eine Tatsache anerkennen, auch wenn es schmerzlich ist: wir sind weniger geworden. Das kann nur ein falscher Patriotismus leugnen, der genau das Gegenteil von Vaterlandsliebe ist.

Noch hat niemand genau errechnet, welcher Verlust an Humankapital durch die Auswanderung von Facharbeitern, Akademikern und Technikern, Forschern und Spezialisten entstanden ist, die das Land zu Tausenden verlassen haben, in noch höherer Zahl, als während des Exodus der Jahre 1971-1973.

Wer nüchtern die Wachstumsdaten von Bolivien, Ekuador, Peru, Kolumbien, oder gar Venezuela, Brasilien und Mexiko betrachtet, muß feststellen, daß Chile im Vergleich dazu ein Land ist, das im Niedergang begriffen ist. Es ist hart, dies auszusprechen, aber man darf sich keiner Täuschung hingeben.

Jeden Tag gibt es weniger Arbeitsplätze, weniger Zukunftsaussichten für die Jugend, weniger Möglichkeiten für den Angestellten und den Arbeiter, sein Brot zu verdienen, und es ist schon bedenklich, daß wir gegenwärtig bei einer höheren Einwohnerzahl weniger Wohnraum schaffen, weniger Industrieprodukte herstellen, und, was noch schlimmer ist, über weniger Nahrungsmittel verfügen. Heute gibt es weniger Studienplätze an den Universitäten und weniger Arbeitsplätze für den Akademiker, als noch vor fünf oder sechs Jahren. Das kann man mathematisch belegen, und es ist nutzlos, es zu bestreiten. Und es kommt noch hinzu, und daran kann kein Zweifel bestehen, daß das Bruttosozialprodukt Chiles in diesem Jahr sinken wird, während es in anderen lateinamerikanischen Ländern wächst, und daß eine arbeitswillige Bevölkerung gleichzeitig keine Beschäftigung findet.
Mit anderen Worten: während die Nationen dieser Hemisphäre in diesen Jahren eine hohe Wachstumsrate verzeichneten, ist die unsere negativ." ...

"Der Chilene fragt sich, ob es einen Weg gibt, daß die Demokratie in unserem Land wiederkehrt, damit unter allen wieder Frieden herrscht, daß niemand mehr ohne den entsprechenden Haftbefehl verhaftet werden kann, daß ihm eine starke Autorität, die aber die Rechte achtet, seine Sicherheit und wahre Freiheit im Rahmen des Gesetzes garantiert." ...

"Kann eine Situation wie die beschriebene gesund sein ? Wir sind sicher, daß kein Chilene diese Frage bejahen wird."

(In den folgenden Kapiteln diagnostiziert Frei eine "Krise der Demokratie im Weltmaßstab", von der Chile keine Ausnahme bilde. Die Krise könne nicht durch Rückkehr in die Vergangenheit gemeistert werden, sondern nur durch Schaffung neuer demokratischer Mechanismen und Verfassungsorgane.)

"Wir sind überzeugt, daß auch in Chile ein Ausweg gesucht werden muß, der an die großen Entwicklungstendenzen der Geschichte des Landes wieder anknüpft, und die Streitkräfte sind aufgerufen, diese Aufgabe zu erleichtern, denn sie sind überdauernde Einrichtungen im Leben des Landes und dürfen sich deshalb nicht auf eine bestimmte Regierung oder eine bestimmte Wirtschafts- und Sozialordnung festlegen."

"Das Land hat ein existentielles Interesse am Fortbestehen dieser Institutionen als Bestandteil und Garant des nationalen Lebens und seiner inneren und äußeren Sicherheit."

Grundlagen für einen Wiederaufbau

"Auf welcher Grundlage kann in Chile wieder ein echtes und erneuertes demokratisches Leben errichtet werden ? Es bedarf hierzu in erster Linie einer großen moralischen Anstrengung. ... Es muß der wirkliche Wille aufgebracht werden, im Lande wieder einen Konsensus herzustellen, damit Frieden, Gerechtigkeit und gegenseitige Toleranz herrschen. Unser Vaterland muß zurückfinden zur Achtung der Rechte und der Freiheit eines jeden Bürgers, damit niemand mehr in Angst und Unsicherheit leben muß. Dieses Vorhaben muß allen und jedem einzelnen zur Pflicht gemacht werden, damit der Übergang zu diesem System friedlich verläuft." ...

"Mit jedem Tag, der vergeht, wird die Situation schwieriger, nicht besser. Die Lösung aufzuschieben, heißt, sie zu erschweren, und die, die darauf vertrauen, daß die Zeit schon selbst die Probleme löse, sollten sich besser die anderen Beispiele vor Augen führen, die es auf der Welt gibt. Die Zeit arbeitet nicht für konstruktive und friedliche Lösungen. Ganz im Gegenteil begünstigt sie die Extreme, denn wenn in einer Nation die politischen Organisationen, die Gewerkschaften und die Basiseinrichtungen geschwächt werden, gewinnen immer die die Oberhand, die eine größere Fähigkeit zum Kampf im Untergrund besitzen, und die angestauten Leiden und unterdrückten Ideen tragen dazu bei, daß vernünftige Lösungen immer schwieriger werden."

"Auch glauben wir nicht, daß der demokratische Wiederaufbau Chiles Aufgabe einer Partei sein kann, sondern wir meinen eindeutig und haben es auch schon zum Ausdruck gebracht, daß es hierzu eines breiten Konsensus' unter den Chilenen bedarf, der weit über die Grenzen politischer Gruppierungen hinausgeht. Nach dem, was geschehen ist, meine ich, können die Strukturen der Demokratie heute nicht dieselben sein, wie vor dem Jahre 1970.

Aber wenn auch ihre Formen mit der Zeit wechseln, die Demokratie verkörpert wesentliche unabdingbare Werte, auf die wir erneut hinweisen wollen: die Achtung der Person und ihrer Rechte; die Garantie, daß kein Bürger verurteilt wird, es sei denn auf der Grundlage der Gesetze und durch ein ordentliches Gericht; daß niemand in Angst und Unsicherheit zu leben braucht, sondern in Übereinstimmung mit festgelegten, anerkannten und allgemein eingehaltenen Normen. Sie beinhaltet weiterhin die Freiheit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich ausreichend zu informieren. Sie verlangt die Achtung vor der Universitätsautonomie. Sie gewährt die Möglichkeit, politische Parteien zu organisieren. In ihr müssen die Regierenden in freier und geheimer Wahl gewählt werden, und die Exekutive darf nicht gleichzeitig der einzige Gesetzgeber und das Kontroll- und Überwachungsorgan sein. In ihr müssen die Gewerkschaften die Arbeiter wirklich vertreten. Sie bedeutet das Recht auf Arbeit und angemessene Mitbestimmung. In der modernen Gesellschaft hat die Freiheit einen positiven Sinn, das heißt, jeder Bürger soll nicht nur das Wahlrecht haben, sondern eine wirkliche grundlegende Chancengleichheit und wirkungsvolle Organisationen, die ihn vertreten."

(Dann gibt Frei einen Rückblick auf die"Erfolge des demokratischen Systems" in Chile und widerspricht der Auffassung der Rechten, dieses habe sich als unfähig erwiesen.)

"Viele derer, die unserer Demokratie abschworen und nur ihre Schwächen gesehen haben, oder eilig und mit teilweise kriminellem Leichtsinn sie über Bord werfen wollten, um ihre hitzigen Träume ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit in die Tat umsetzen zu können, können heute ermessen und erkennen, was sie verloren haben, und auf ihren Ruinen weinen."

Notwendige Definitionen

"Um die Demokratie aufbauen zu können, müssen wir klar unsere Position bestimmen: der demokratische Wiederaufbau kann auf der Grundlage von Mißverständnissen nicht in angemessener Form vonstatten gehen, und erst recht nicht auf der Grundlage von Erklärungen, die dann dem Verhalten derer, die sie abgeben, nicht entsprechen.

Unter diesen Umständen ist es unserer Meinung nach unumgänglich, unsere Vorstellungen zu präzisieren.

An erster Stelle müssen wir erklären, daß wir diejenigen ablehnen und verurteilen, die irgendeine Form von Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ideen befürworten. Dies gilt nicht nur jetzt und heute, sondern immer. Unsere Erklärungen und Handlungen über vierzig Jahre beweisen es." ...

"Mit gleichem Nachdruck wenden wir uns gegen jene, die mit institutionalisierter Gewalt eine soziale Ordnung errichten wollen, die Privilegien aufrechterhält und die Gerechtigkeit verhindert."

(Im folgenden wendet sich Frei gegen den "totalitären Nationalismus der Rechten" und bezeichnet ihn als "ideologische Perversion, die unserer Geschichte und unserem Wesen fremd ist und von der das Land nichts anderes erwarten kann, als die Rückwärtsentwicklung seines politischen und sozialen Systems und die Errichtung einer Wirtschaftsordnung, die, um es zu wiederholen, nur Minderheiten dient, während die Nation verelendet und ruiniert wird."

Dann kommt er auf den Kommunismus zu sprechen:)

"Wir halten es für wichtig, noch einmal unsere Position zum Kommunismus klarzulegen. In dieser Hinsicht ist unsere Haltung immer klar und unveränderlich gewesen. Nie haben wir einen berufsmäßigen Antikommunismus gepflegt, noch jemanden wegen seiner Ideen verfolgt. Es ist unsere Überzeugung, daß wir im Kampf gegen ihn nicht werden siegen können, wenn wir keine Prinzipien und Doktrinen haben und nicht fähig sind, in Übereinstimmung mit ihnen eine neue gerechte und humane Gesellschaft aufzubauen."

"Wir leben nicht vom Antikommunismus. Wir leben von der Bejahung unseres eigenen Glaubens an den Menschen, seiner Bestimmung und seiner Rechte, die in ihrem Wesen unvergänglich sind. Wir glauben an die Gerechtigkeit und die Freiheit. Wir vertrauen auf das Volk. Wir haben eine andere Geschichtsbetrachtung und eine andere Vorstellung von den Methoden und Zielen, die eine wahrhaft menschliche Gesellschaft erreichen muß." ...

"Andererseits meinen wir, daß die Demokratie kein taktisches Mittel zur Eroberung der Macht sein darf.
Wir haben immer die Haltung all jener zurückgewiesen, die sie (die Demokratie.d.Red.) explizit oder implizit nur als Brücke gebrauchen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten, während sie gleichzeitig gemeinsame Sache mit den extremistischen Gruppen machen, die die Gewalt propagieren, um ihre Ziele zu erreichen." ...

Das chilenische Volk

"Zwischen diesen beiden Extremen steht das chilenische Volk in seiner großen, überwältigenden Mehrheit. Dieses Volk, das wirksame und feste Autorität will, das Sicherheit will, aber vor allen Dingen Frieden, Gerechtigkeit, Arbeit und Achtung vor jeder einzelnen Person. Dieses Volk, das Sicherheit und Autorität will, aber nicht um den Preis seiner Freiheit, denn in seiner Freiheitsliebe hat es immer die Gewalt und die Anarchie verabscheut." ...

"Wir müssen heute viele, große und kleine Differenzen überwinden, damit diese Mehrheit zum Durchbruch kommen kann. In ihr haben die verschiedensten Gruppen des Landes Platz, ob sie nun Parteien angehören oder nicht, und auch jene, die einen demokratischen Sozialismus nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Bewegungen ganz Westeuropas anstreben."

Die Streitkräfte und das Land

"Im Verlauf unserer Geschichte haben die Streitkräfte selten interveniert, und wenn sie es taten, dann waren sie nie ein Hindernis für die schnelle Wiederherstellung der Demokratie. Mehr noch, sie waren immer ein starker Rückhalt für die verfassungsmäßige Ordnung und haben aktiv beigetragen zur Konsolidierung der Regierungsformen, die sich die Republik in freier Entscheidung gegeben hatte. Immer haben sie eine ähnliche Rolle wie die Streitkräfte in den großen europäischen und nordamerikanischen Demokratien gespielt. Von daher erklärt sich ihr guter Ruf und unbestreitbares Ansehen." ...

"Dagegen haben militärische Interventionen, die sich in Diktaturen verwandelten, letztlich das Ansehen der Militärs im Volke ernsthaft untergraben. Wir glauben deshalb, daß die Streitkräfte dem Land den größten Dienst erweisen würden, wenn sie die oben beschriebene Rolle einnehmen würden."

"Ohne ihre beruflichen Funktionen in Mißkredit zu bringen, werden sie dann den grundlegenden und bleibenden Aufgaben verbunden sein, von denen der Fortschritt des Landes abhängt, und nicht in das politische Tagesgeschäft verwickelt, was ihrer Natur widerspricht.
Das Land weiß, daß wir immer daran festgehalten haben, daß einzig die demokratische Ordnung wirklich die Würde der Chilenen, die historische Kontinuität und die Freiheit als Wesensmerkmal des Zusammenlebens garantiert.
Um zu dieser neuen, verjüngten und lebendigen Demokratie zu kommen, bedarf es eines großen nationalen Programmes, von dem sich alle Chilenen angesprochen fühlen, die die Freiheit aufrichtig lieben und den Fortschritt ihres Landes wollen." ...

"Wenn einmal die Mehrheitsentscheidung herbeigeführt ist, dann hat niemand das Recht, dagegen vorzugehen. Die Demokratie kann nicht in einer ständigen Diskussion und Revision ihrer schon festgelegten Ziele bestehen. Die Minderheiten haben das Recht, zu existieren, sich zu äußern und ihren Standpunkt in den Prozeß der Entscheidungsfindung einzubringen, aber sie haben nicht das Recht, etwas zu blockieren. Die Mehrheiten können nicht unter der Erpressung durch die Minderheiten leben.
Deswegen muß eine zuverlässige, wahrheitsgetreue und vollständige Information über die Probleme des Landes gewährleistet werden, sowie eine angemessene Kenntnis der Planungsvorhaben, die durchgeführt werden und die Geschicke des Landes betreffen." ...

"Eine so verstandene Demokratie ist das Gegenteil von Populismus, der faule Kompromisse zum System macht, Ausflüchte sucht, anstelle einer schöpferischen Anstrengung, oder Illusionen auf Einkommensumverteilung nährt, ohne gleichzeitig für eine erhöhte Güterproduktion zu sorgen.

Es gibt aber auch einen umgekehrten Patriotismus, der das Volk auffordert, Opfer zu bringen und Anstrengungen zu unternehmen, während eine Gruppe für sich eine Ausnahmesituation schafft und die Früchte dieser Opfer und Anstrengungen abschöpft, wohl in der Annahme, der Überfluß ihres eigenen Wohlstandes werde auch der großen Mehrheit zugutekommen." ...

"Chile hat sich durch einige historische Tendenzen ausgezeichnet, die dem Land seine eigene Physiognomie gaben. Dieses Land galt als beispielhaft in seiner politischen Organisation, seiner Achtung vor Rechtsnormen und einer nicht an die Person gebundenen Autorität, in der Stabilität seiner Institutionen, der frühzeitigen sozialen Fortschritte wegen, und das Volk hat Reife des Urteils, einen großen Gemeinschaftssinn und gegenseitige Achtung bewiesen. Diese konstanten Eigenschaften sind nicht dem Wirken einer Person, eines Staatsmannes oder des Zufalls zuzuschreiben : vielmehr spiegeln sie das innere Wesen eines Volkes wider, das in all seinen Daseinsweisen Ausdruck findet. Der Strom, der einer so tiefen Quelle entspringt, kann nicht versiegen, und kein Umstand kann ihn erschöpfen. Wir haben die Gewißheit, daß er wieder kraftvoller und reiner sprudeln wird."

Dezember 1975

EDUARDO FREI MONTALVA

"1976 öffnen ..."

aus: PUNTO FINAL
September 1972 ...

Die Gegenwart Adenauers

Unter diesem Titel veröffentlichte die chilenische Zeitschrift ERCILLA in ihrer Nummer 2111 vom 14. Januar 1976 einen Artikel von Eduardo Frei zum hundertsten Geburtstag Konrad Adenauers. Die Quintessenz ist sehr einfach: Die Roten erzeugen Chaos, das Chaos produziert den Faschismus, der Faschismus zerstört das Land, und dann kommt der große Mann, der mit starken und harten Händen eine neue Gesellschaft "knetet", jawohl: knetet. Wenn dieser Mann in Chile gegenwärtig ist, dann braucht man nicht lange zu raten, wer dieser Mann ist: Eduardo Frei persönlich. Wir dokumentieren hier die wichtigste Passage aus dem Artikel Freis, in dem allerdings eine zusätzliche Parallele unterschlagen wird: Auch Adenauers Zentrumspartei hat 1933 dem Ermächtigungsgesetz Hitlers zugestimmt.

"Seit 1923 entstand im alten Kontinent der Alptraum der extremistischen Nationalismen und des Faschismus mit seinem Ruhm von Pappe, der in der Tragödie des Nationalsozialismus gipfelte.
Diese Ungeheuerlichkeit wurde nicht im Vakuum geboren. Die Leiden nach dem Ersten Weltkrieg, die Erniedrigung eines stolzen Volkes, der politische Terrorismus, die gewerkschaftliche Anarchie, die Gewalt der Straße, das wirtschaftliche Chaos und die Utopie des roten Revolutionismus, der glaubte, es hätten sich die "objektiven Bedingungen" ergeben, um an die Macht zu kommen, erklären irgendwie diese von Hitler entfesselte wälzende Woge.
Eine der höchstzivilisierten Nationen, das Volk von Goethe und Schiller, von Bach und Beethoven, von Philosophen, Wissenschaftlern und Arbeitern von so hoher beruflicher Gewissenhaftigkeit, sah sich bezwungen von der Gewalt, machte den Rassismus zur höchsten ethischen Norm, entfachte den Haß in der Jugend, entwürdigte die Kultur durch die amtliche Manipulation, ersetzte die objektive Information durch die teuflische Propaganda von Goebbels, unterwarf die Bürger dem Terror und zerstörte jede Opposition.
Die unvermeidliche Logik des Systems führte zum Krieg, zu den Vernichtungslagern und zu einem Wahnsinn, der darin endete, daß Deutschland zerstört und von Invasionsheeren besetzt wurde. Nichts ist vergleichbar mit dem Schauspiel der stolzen tausendjährigen Städte, die aus der Landkarte gestrichen und zu Trümmerhaufen gemacht worden waren. Von ihrer Tradition und Schönheit blieb nur eine Ruinenwüste, Elend, Hunger und Kälte, während die feindlichen Soldaten beider Welthälften ihr Gesetz aufzwangen, sich dessen, was blieb, bemächtigten und Wissenschaftler jagten, damit sie den triumphierenden Mächten ihre Kenntnisse zur Verfügung stellten. So endete das Dritte Reich, das in seinem Hochmut eine tausendjährige Herrschaft versprochen hatte.
Das war es, was der alte Adenauer, "Der Alte " (sic), in seine Hände nahm. Allerdings waren starke und harte Hände nötig, um in einer Stunde des Schreckens, wie es ihn nie gegeben hatte, eine neue Gesellschaft zu kneten. Um seine Aufgabe anzugehen, was unmöglich schien, verfügte dieser Mann über das Vertrauen seines Volkes und einen unbegrenzten Glauben an die Freiheit, an die Intelligenz und an die moralischen Werte, die während dreizehn Jahren zum Schweigen gebracht worden waren, die aber die Tragödie überlebten und die Stunde ihrer Auferstehung erwarteten."

Ohne taktische Vorbehalte kann Matthias Wissmann, der Vorsitzende der "Jungen Union", offenbar einer "Alternative Frei" zustimmen. Wissmann ist keinesfalls repräsentativ für die mehrheitliche und offizielle Linie der CDU/CSU, die ihre "Schwesterpartei" weitgehend abgeschrieben hat und sich voll mit der Junta solidarisiert (diese Linie verkörpern alle übrigen Chile-Reisenden der deutschen Christdemokratie: Gewandt, Heck, Todenhöfer, v.Hassel...).

"Die einzige realistische demokratische Alternative zur Militärdiktatur scheint heute eine Übergangsregierung unter christlich-demokratischer Führung zu sein, die eine Stabilisierung der politischen und wirtschaftlichen Lage des Landes herbeiführen und allgemeine Wahlen vorbereiten müßte. Selbst sozialistische Gesprächspartner in Santiago sehen keinen anderen Ausweg. Eduardo Frei, der von seiner Denkschärfe und Ausstrahlung kaum (sic, Anm. der Red.) etwas verloren hat, gleichzeitig aber aus den Fehlern der Vergangenheit (auch seiner eigenen) gelernt zu haben scheint, könnte der Mann der Stunde eines demokratischen Umbruchs werden. Ein Karamanlis Chiles? Soll es dazu kommen, müssen die demokratischen Parteien in Deutschland mit allen Mitteln einen solchen Prozeß begünstigen." (aus: Publik-Forum Nr.20,3.10.1975 S.9)

AYLWIN

Auch Patricio Aylwin, Präsident der Christdemokratischen Partei, machte 1973 keinen Hehl von seiner Begeisterung über den Putsch - das einzige, was ihn schon damals daran störte, war die mangelnde Würdigung der christdemokratischen Rolle bei der Abschaffung der Demokratie in Chile:

"Ich schäme mich wenn ich sehe, wie die Presseorgane, einschließlich derjenigen, die unserer Partei verbunden sind, und insbesondere der "Mercurio", die Sache so darstellen, daß es die Frauen, die Berufsverbände, die Streitkräfte waren, die Chile retteten. Und über uns...kein Wort! Dabei waren wir es, die Parteien, die wir die wichtigsten Schlachten gegen die totalitäre, kommunistische Gefahr schlugen und das kollektive Klima schufen, in dem jedermann die Notwendigkeit klar wurde, die Rechte des Einzelnen zu verteidigen." (aus: der juntaoffiziellen Wochenzeitschrift "Qué pasa" vom 8.11.1973 S.7)

Gegen Aylwin wurde jetzt ein Bombenanschlag verübt. Fazit: Militärs, die Linke umbringen, schützen die Rechte des Einzelnen; Militärs, die die Christdemokraten daran hindern, dabei mitzumachen, sind Faschisten.

Eduardo Frei und Colonia Tovar

Der folgende Artikel des Generalsekretärs der Christlichen Linken Chiles, Bosco Parra, analysiert einige Aspekte des vor kurzem erschienenen Buchs von Eduardo Frei über die Situation Chiles unter der Militärdiktatur. Parra vergleicht die bürgerliche Haltung Freis mit der Position einiger christdemokratischer Führer auf dem Seminar in Colonia Tovar (Venezuela) 1975.
Dieses Seminar wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der Absicht organisiert, die chilenischen Linksparteien zu spalten, indem versucht wurde, zwischen christdemokratischen Sektoren und einigen UP-Parteien Übereinstimmungen zu erzielen. Die Seminarteilnehmer durchkreuzten diese Absicht und unterschrieben zusammen mit den beiden christdemokratischen Führern Leighton und Fuentealba ein Prinzipienpapier, das zur Zerschlagung des Faschismus eine breite Allianz aller Linkskräfte und der Christdemokratie mit der zukünftigen Perspektive eines Aufbaus des Sozialismus in Chile fordert.

Es gibt einen Aspekt der gegenwärtigen Situation Chiles, den Ex-Präsident Frei gründlich analysieren sollte: die Notwendigkeit, ein nationales Projekt zu errichten, das uns dazu befähigt, in die Zukunft zu blicken. Niemand will eine reine und simple Wiederholung vergangener Experimente. Wir alle stimmen darin überein, daß die vor uns liegenden großen nationalen Aufgaben es erfordern, neue und breite soziale und politische Allianzen aufzubauen.

Doch bei der Behandlung des Problems breiter politischer Allianzen beginnt sich der anfängliche Öffentlichkeitserfolg Freis aufzulösen; denn das Projekt, das er vorschlägt, basiert nicht auf einer vorab geleisteten Diagnose Chiles.

Tatsächlich ist der politische Vorschlag Freis sehr eng gefaßt: er versucht, die Linke zu spalten, beabsichtigt soziale Sektoren zu isolieren, deren Mitarbeit unerläßlich ist, um jegliche Initiative dauerhaft zu machen. Die anfänglichen Auswirkungen von Freis Buch - dessen Bedeutung niemand verkennen kann, am wenigsten die Militärjunta mit ihren großen Problemen - lösen sich auf diese Weise bis zur Sterilität auf. Wenn man vorgibt, den Faschismus wirklich zerschlagen zu wollen, dann ist der Ausschluß der Linkskräfte in einer politischen Allianz kein ernst zu nehmender Vorschlag. Die nationale Situation wird sich nicht durch sektiererische Kriterien ändern lassen.

Hilfreicher und dynamischer ist dagegen die Perspektive, die im Seminar von Colonia Tovar Mitte 1975 entwickelt wurde. Damals versammelten sich verschiedene Mitglieder der Unidad Popular mit Bernardo Leighton, Renán Fuentealba und anderen Christdemokraten. Das Ergebnis des Seminars war ein sehr viel breiterer und flexiblerer Konsens als der, den Frei vorschlägt.

Colonia Tovar geht von einer grundsätzlichen objektiven Gegebenheit aus: von der Existenz der Linken und der Unidad Popular, die weiterhin - obwohl grausam geschlagen - für jedes ernst zu nehmende nationale Bündnis unersetzliche Klassen und soziale Gruppen repräsentiert. Folglich schlagen die Teilnehmer des Seminars ein Bündnis aller zur faschistischen Junta in Opposition stehenden Kräfte vor.

Mehr noch: das Seminar entscheidet sich für ein notwendiges und unverwechselbares Ziel: für den Sozialismus und die Vorherrschaft der Arbeiter innerhalb eines Systems demokratischer Freiheiten. Wie man sieht, geht es hier um positive Bezugspunkte, die eine schöpferische Arbeit orientieren können.

Im Vergleich zum Buch Freis werden die Vorschläge von Colonia Tovar nicht nur in diesen ausdrücklichen Feststellungen sondern auch dort, wo geschwiegen wird, bedeutsam. Sie vermeiden unakzeptierbare Wiederholungen: niemand sagte dort z.B., daß Pinochet Chile von der totalitären Gefahr befreite. Wer den Faschismus zurückweist, kann nicht auf solche Irrtümer zurückgreifen. Ebenso wenig gab es Anlaß zu zweideutigen Selbstrechtfertigungen. Weder leugneten die UP-Mitglieder die zahlreichen Irrtümer der Volksregierung, noch beschrieben die Christdemokraten das Chile nach 1970 mit denselben abwertenden Begriffen, wie sie Frei verwendet. Man teilte den Realismus von Tomic, der, ohne die positiven Aspekte der christdemokratischen Verwaltung zu leugnen, die dramatischen Mängel am Ende der christdemokratischen Regierung als unvermeidliche Folge der Aufrechterhaltung imperialistischer und großbürgerlicher Herrschaft hervorhebt. Genauigkeit und historische Strenge können in diesem Punkt nicht verlassen werden, weil es nicht darum gehen kann, den Erneuerungsantrieb der Christdemokraten ein weiteres Mal zu lähmen, wie es schon einmal geschah.

Die Dokumente und Diskussionen in Colonia Tovar sind leidenschaftslos und offen. Sie erlauben eine kritische Analyse der verschiedenen politischen Erfahrungen. Vor allem aber, wenn man die historischen "Urteile" des Faschismus und bedauernswerte Ungerechtigkeiten vermeiden will, dann erfüllt die Position von Colonia Tovar die erstrangige Forderung: eine "große moralische Anstrengung" zu unternehmen, um anzufangen in die Zukunft schauen zu können.

Das Seminar der Colonia Tovar löste nicht alle Probleme. Es bleibt noch viel zu tun. Aber als Arbeitsstil hat es sich gegenüber anderen als sinnvoller herausgestellt. Das wird jeden Tag deutlicher.

WIR HABEN EINE SCHLACHT VERLOREN

ABER NICHT DEN KRIEG"

CHILE - BRD

LUCIA GEVERT

jetzt Botschafterin in Bonn

Lucia Gevert

Seit Februar 1976 wird Chile in Bonn durch die Botschafterin Lucia Gevert vertreten, die allerdings in der Bundesrepublik keine Unbekannte mehr ist.

Lucia Gevert war 1964 gleich nach ihrem Studium an der Katholischen Universität als Journalistin bei der Zeitung der chilenischen Großbourgeoisie, "El Mercurio", tätig geworden. Mit der Zeit brachte sie es außerdem zur Professorin für Publizistik und zur Leiterin des Chilenisch-Deutschen Kulturinstituts in Santiago. Gerade als die Deutsche Welle in Köln sie 1973 kontraktiert hatte, kam der Putsch in Chile dazwischen, so daß sie die schon bereitgestellte Flugkarte dafür benutzen konnte, an der chilenischen Botschaft in Bonn das Amt eines Presse- und Kulturattachés anzutreten. In dieser Eigenschaft hat sie sich intensiv um das Studium religionspädagogischer Schriften bemüht, in denen sie den Einfluß des internationalen Kommunismus spürte, so unter anderem, weil ein Religionsbuch aus dem Diesterweg-Verlag es für nötig befunden hatte, zur religiösen Motivierung der Entwicklungshilfe auf die Armut der Kinder in den Slums von Santiago und auf die ungleiche Einkommensverteilung in Chile und Brasilien hinzuweisen.
In einem Interview, das sie der chilenischen Zeitschrift "Que Pasa" (vom 10. Juli 1975) anläßlich ihrer Ernennung zum Botschaftsrat gab, klagte sie bitterlich über die Schwierigkeiten, das schlechte Image der chilenischen Miliärregierung in der Bundesrepublik zu verbessern. Universitäten und Gewerkschaften stünden unter dem Einfluß des internationalen Kommunismus. Nicht einmal auf die deutschen Industriellen sei zu hoffen, da sie unter dem Druck der Gewerkschaften stünden. Die zuverlässigste Stütze seien noch die Honorarkonsuln in der Bundesrepublik.
Der chilenische Honorarkonsul in Frankfurt, Herr Schubert, rühmt sich stets seiner Duzfreundschaft mit den Herren Scheel und Friderichs. Das Auswärtige Amt in Bonn, von deren Parteifreund Genscher geleitet, hat jetzt erklärt, es sei nichts bekannt, "was dafür spräche, daß sie (gemeint ist Frau Gevert) Dinge tun wird, die die Beziehungen zu Chile belasten würden".
Der chilenische Außenminister Admiral Carvajal hat anläßlich ihrer Ernennung zur Botschafterin gesagt: "Ich glaube, daß diese Journalistin eine große Rolle spielen wird." Von der Evangelischen Akademie Bad Boll eingeladen, eine kleine Rolle bei einer Podiumsdiskussion über Chile zu spielen, hat Frau Gevert dankend abgelehnt. Sie könne nicht mit einem Mann zusammentreffen, der "Chile so verunglimpft" hätte, wie der "sogenannte Bischof Frenz".

Misserfolg des Jubel-Chors

Zwischen Anfang Januar und Mitte Februar 76 unternahm der aus ca. 45 Studenten bestehende deutsch-chilenische Singkreis Santiago eine Chorreise durch Österreich und die BRD, anschließend waren Auftritte in Spanien geplant. Was die BRD angeht, ist die Reise gescheitert- zwar gelang in Herne ein Auftritt - aber schon in Bielefeld-Seenstadt mußte die Veranstaltung auf Grund von Protesten abgebrochen werden, die Auftritte in Hamburg, Düsseldorf und Hannover wurden von den Veranstaltern abgesagt.

Leiter und Mitglieder des Singkreises behaupten natürlich, sie seien unpolitisch, ihr Auftreten sei nur künstlerisch- usw. Das ist subjektiv und objektiv falsch.

Objektiv ist ein Programm dieser Art traditioneller Folklore, das die Bläue des chilenischen Himmels und die Weiße der Kordillere besingt und auf diese Weise ein"Bild von Chile" vermitteln will, das aber auf die chilenische Realität unter der Junta nicht eingeht, natürlich "Kunst" als Propaganda der Diktatur.

Reisen dieser Art sollen ein Beitrag zu einem Programm des chilenischen Außenministeriums vom März 75 zur Verbesserung des Ansehens im Ausland sein. Es soll eine unpolitische Berichterstattung durch Kulturveranstaltungen im Ausland erreicht werden, um von den politischen Zuständen abzulenken.

Daß die Reise diesem politischen Zweck dienen sollte, beweist ein Brief an einen deutschen Mitveranstalter, den der Bielefelder Arbeitskreis Chile in Händen hat. Der Anspruch auf "reine" unpolitische Kunst ist also auch subjektiv falsch.

Die politische Orientierung der Deutschstämmigen in Chile ist hinreichend bekannt(vgl. auch das Buch von W. Meyer-Frank:Die Gorillas werden nicht ruhig in ihren Betten sterben, in dem Deutsch - Chilenen ihren Anteil bei den Putschvorbereitungen bekennen):
der Deutsch-Chilenische Bund, Dachorganisation der deutschstämmigen Vereinigungen, der auch der Singkreis angehört, hat seine Unterstützung der Junta in Zeitungsanzeigen öffentlich genug gemacht. Daß die Unterstützung andauert, zeigt die treibende Rolle der deutschstämmigen Lutheraner bei der Ausweisung von Bischof Frenz im Oktober letzten Jahres.

Für welches Chile die Sänger ihre Jubelstimmen erklingen lassen, zeigt sich auch an den Reisekosten, angesichts des Hungers,der extremen Arbeitslosigkeit in großen Teilen der Bevölkerung wissen diese Botschafter ihrer Klasse nichts Besseres als pro Sänger 10 Monatsgehälter in eine solche Luxusreise zu investieren. Der Chorleiter Arturo Junge wollte mit dieser Angabe wohl das "Opfer" seiner Sänger herausstreichen. Die Tränen könnten einem kommen... Aber natürlich kann keine Rede davon sein, daß diese Familien einen Tag, geschweige denn 10 Monate am Hungertuche nagen:
So bleibt die bodenlose Schamlosigkeit dieser Deutsch-Chilenen zu konstatieren.

Die Partner der Image-Pfleger

In Herne undBielefeld waren es offenbar vor allem private Kontakte, die hinter den geplanten Auftritten standen. (Vgl. den Bericht aus Bielefeld)
Auch auf dieser Ebene bleibt die Kumpanei örtlicher Honoratioren wie des SPD-Ortsvorsitzenden in Stubenbrok skandalös genug, skandalös wie der Kommentar der "Neuen Westfälischen" vom 7.2. der den "apolitischen

älteren Herrn" (Chorleiter Junge) als "interessanten Gesprächspartner" ansieht.

Politisch wichtiger sind jedoch die Partner in Hamburg und Düsseldorf (wo die Veranstaltungenplatzten) und der Ibero-Amerika Verein, die wirtschaftlichen Partner in der BRD, die natürlich ein Interesse an der Image-Pflege der chilenischen Diktatur haben. Da die Vorbereitungen der Genossen den Anschein einer "rein kulturellen Veranstaltung, die keinerlei Bezug zum politischen Geschehen hat"(aus dem Absage-Rundschreiben des Ibero-Amerika Vereins vom 10.2.) ernsthaft in Frage stellten, wurde die Veranstaltung in Hamburg wie zuvor in Düsseldorf und Hannover abgesagt. (Das Hamburger Chile-Komitee hat eine 5-seitige Dokumentation anläßlich der Tournee zusammengestellt.)

Im Folgenden der Bericht von Bielefelder Genossen zu ihrer Protest-Aktion:

Als der Chorauftritt durch Ankündigungen überregionaler linker Zeitungen in Bielefeld bekannt wurde, begannen Vorgespräche über mögliche Aktionen gegen den Chorauftritt. Der erste Auftritt als Schulveranstaltung des Hans-Ehrenberg-Gymnasiums in Sennestadt für die Klassen 5-1o konnte von uns nicht verhindert werden. Er fand statt und wurde prompt von einem Zeitungsartikel der - sozialdemokratischen- Neuen Westfälischen bejubelt. Die gleiche Zeitung hatte zwar mehrere Vorankündigungen des Chores gebracht, aber sich geweigert, eine Protesterklärung des Chile-Arbeitskreises abzudrucken. Anläßlich der öffentlichen Veranstaltung am folgenden Tag wurde - trotz einiger Meinungsverschiedenheiten über das richtige Vorgehen - von mehreren politischen Gruppen (GIM, KB, KBW, SB) an der Uni, der PH und der FHS aufgerufen, massiv gegen eine solche Propagandaveranstaltung für die Chilejunta zu protestieren.

Ca. 200,meist Schüler und Studenten,demonstrierten gegen die Veranstaltung in der Vorhalle. Ordner der Veranstaltung versuchten dort,ein Protesttransparent zu zerreißen. Die Demonstranten diskutierten - soweit dies möglich war - mit den höchstens 70 Veranstaltungsbesuchern. (Der Saal hat ca. 500 Plätze). Kurz vor Beginn des Auftrittes gingen die Demonstranten per Go-in in den Saal, um eine Begründung ihres Protestes zu verlesen. Die Reaktion des Veranstalters war, daß eine Sirene angestellt wurde, um die Erklärung zu verhindern. Es gab kleinere Rangeleien zwischen Chormitgliedern, die z.T. die Junta lauthals verteidigten, Ordnern und Demonstranten. Herbeigeholte Polizei, die wohl von der Aktion überrascht war, teilte die Absetzung der Veranstaltung mit.

Tags darauf erschien ein Schimpfartikel in der Neuen Westfälischen über das "undemokratische Verhalten" der Demonstranten. Eine Gegendarstellung ist inzwischen von uns verlangt worden. Außerdem wurde bekannt, daß der Chor am gleichen Abend doch noch im Privathaus des SPD(!)-Ortsvorsitzenden von Stukenbrock - Werner Kranz- vor einem Teil des Publikums gesungen hat. W. Kranz war vor einigen Jahren in Chile als Lehrer oder in der Botschaft tätig.

Aufnahmestop verlängert KZ-Aufenthalt

Für die große Mehrheit der Gefangenen in den chilenischen KZ's gibt es bisher nur eine Möglichkeit, die Gefängnisse verlassen zu können: nach Dekret 504 kann eine bereits ausgesprochene Haftstrafe auf Antrag des Verurteilten in Ausweisung umgewandelt werden.

Bisher haben schätzungsweise 1600 Gefangene einen Antrag an die mit der Prüfung des Verfahrens beauftragte Sonderkommission gestellt.

Nach den bisherigen Erfahrungen wird dem Antrag auf Ausweisung in der Regel entsprochen, außer bei Militärs, wo er fast immer zurückgewiesen wird. Bekanntgeworden ist insbesondere das Schicksal des Luftwaffenoffiziers RAUL VERGARA, der im Luftwaffenprozess "Bachelet und andere" (siehe Dokumentation I und II der Chile-Nachrichten) zunächst zum Tode und später zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Obwohl er bereits mehrere Aufnahmeländer gefunden hat, ist seine Ausweisung bisher wiederholt abgelehnt worden. Insbesondere in den vergangenen Wochen ist er erneut Foltern und Repressalien unterzogen worden und trat deshalb in den Hungerstreik, was angesichts der chronischen Unterernährung der Gefangenen besonders gefährlich ist.

In der letzten Zeit ist die Sonderkommission nun dazu übergegangen, die Ausweisung nur noch in den Fällen auszusprechen, in denen die Gefangenen bereits ein Visum für ein Aufnahmeland vorweisen können. Für die meisten Häftlinge bedeutet dies die Verlängerung der Gefangenschaft auf unbestimmte Zeit.

Nach den neuesten Statistiken des Weltkirchenrates vom 15.2.76 liegen folgende Zahlen vor:

1. Ausgewiesen und bereits ausgereist sind:	298
2. Antrag zurückgewiesen :	61
3. Antrag vom Antragsteller zurückgezogen:	4
4. Antragsteller verstorben	1
5. Ausweisung beschlossen, Aufnahmeland gefunden:	70
6. Bisher kein Ausweisungsbeschluß, jedoch bereits Aufnahmeland gefunden:	60
7. Ausweisung beschlossen, aber bisher kein Aufnahmeland gefunden:	91
8. Weder Ausweisungsbeschluß, noch Aufnahmeland:	314

Addiert man die letzten beiden Kategorien, gibt es gegenwärtig mindestens 405 Gefangene, die dringend ein Aufnahmeland suchen, was bei 4-5 Familienangehörigen pro Gefangener etwa 1500 bis 2000 Personen entspricht.

Die außerordentlich restriktive Aufnahmepraxis der Bundesrepublik, gerade auch der CDU-geführten Bundesländer, wirkt grotesk angesichts der in den letzten Wochen geführten Polemik um 125.000 oder 250.000 Polen-Deutsche ...

Solidarität

SOFORTIGE FREIHEIT FÜR DIE VON DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA IN CHILE VERHAFTETEN LEITENDEN JUGENDFUNKTIONÄRE !

Anfang Januar dieses Jahres verhaftete die DINA (die Gestapo Pinochets) sechs Studentenführer in Santiago:

GREGORIO NAVARRETE	Generalsekretär des Studentenbundes der Universität von Chile (FECH), der von der Junta für illegal erklärt worden ist.
IVAN PARVAX	Vorsitzender der Studenten des Pädagogischen Instituts, Mitgliedsorganisation des FECH
BENITO RODRIGUEZ	Vorsitzender der Studenten der Naturwissenschaften Mitgliedsorganisation des FECH
GLADYS CUEVAS	Medizinstudentin
JUAN CARVAJAL	Jugendvertreter
EDUARDO REYES	Jugendvertreter

Wir rufen alle Jugend- und Studentenorganisationen auf, von der faschistischen Militärjunta die Respektierung des Lebens der sechs inhaftierten leitenden Jugendfunktionäre zu fordern und eine Solidaritätskampagne einzuleiten, um ihre sofortige Freilassung zu erkämpfen.

Wir fordern die Beendigung des Terrors in Chile, die Achtung der Menschenrechte, Freiheit für alle politischen Gefangenen und die Schließung der Konzentrationslager.

Sippenhaft

EIN MENSCH IST IN TODESGEFAHR

EINE FAMILIE WURDE ZUM TODE VERURTEILT

MARIA OLIVIA VARGAS, 55 Jahre alt, Lehrerin und Mutter von 5 Kindern, wurde durch die verbrecherische DINA festgenommen. Ihr Leben ist in Gefahr. Ihr Vergehen ist es, die Mutter des vor kurzem ermordeten Revolutionärs Dagoberto Pèrez Vargas zu sein. Ihre Verhaftung ist ein weiterer Schritt im Rahmen der Maßnahmen zur Vernichtung ganzer Familien des chilenischen Volkes. Ihre Verhaftung soll ihre anklagende Stimme zum Schweigen bringen, die - obwohl 3 ihrer Kinder ermordet wurden - der Militärjunta entgegenruft: MÖRDER !
Information der OPRECH (Büro für Angelegenheiten der Politischen Gefangenen)

Wir schlagen Amnesty International, der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, den Gewerkschaften (insbes. der GEW), den demokratischen und progressiven politischen Organisationen, den Chile-Komitees, etc. die Durchführung einer Kampagne vor, deren Schwerpunkte die Entsendung von Telegrammen an den chilenischen Innenminister, den Erzschof von Santiago und an die Vereinten Nationen mit dem folgenden Inhalt bilden soll:

An den Innenminister
General César Benavides
Edificio Diego Portales
Santiago/Chile

Wir protestieren energisch gegen die Verfolgungsmaßnahmen, denen die Familie Pérez Vargas ausgesetzt ist. Wir verlangen, daß die am 10. bzw. 23. Sept. 1974 verhafteten Brüder Carlos und Aldo Pérez Vargas als politische Häftlinge anerkannt werden und fordern die sofortige Freilassung deren vor kurzem festgenommener Mutter, Frau Maria Olivia Vargas. Wir verurteilen die Ermordung der Geschwister Fernando und Mireya Pérez Vargas durch die Polizei in Santiago und fordern die Übergabe der Leiche von Dagoberto Pérez Vargas an seine Angehörigen.

An die
Vereinten Nationen
New York
U.S.A.

An den Kardinal
Monseñor Raúl Silva Henriquez
Erzbischof von Santiago
Santiago/Chile

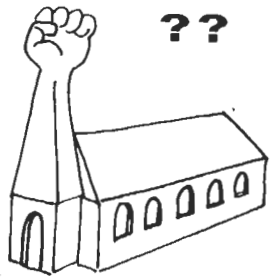
Wir ersuchen Sie, sofort bei der chilenischen Militärregierung zu intervenieren, mit dem Ziel, daß diese Auskunft über die Lage gibt, in der sich die am 10. bzw. 23. Sept. 1974 verhafteten Brüder Carlos und Aldo Pérez Vargas befinden; die sofortige Freilassung von Frau Maria Olivia Vargas Vargas anordnet; die Leiche von Dagoberto Pérez Vargas seinen Angehörigen übergibt und den Mord an den Geschwistern Fernando und Mireyra Pérez Vargas verurteilt.

KATHOLIKEN FORDERN:

Zwischen dem 13. und 15. Februar fand in München ein Kongreß statt, an dem über 3oo Delegierte Katholischer Studentengemeinden der BRD und Westberlins teilnahmen.

Bei diesem Anlaß wurde eine Resolution verabschiedet, die die chilenische Militärdiktatur verurteilt. Es ist darauf hinzuweisen, daß nur ein Delegierter gegen die Resolution stimmte.

In der Resulution wird gefordert:
- die juristische Farce zu beenden, die die Militärjunta vorgibt gegen hohe Führer der chilenischen Linken durchzuführen, wie Luis CORVALAN, Pedro Felipe RAMIREZ, Aníbal PALMA, Leopoldo LUNA, A. SEPULVEDA etc.
- jegliche Wirtschaftshilfe zu beenden, solange in Chile nicht alle politischen Gefangenen freigelassen werden.



Veranstaltungen

Wenn Chile-Komitees Veranstaltungen mit chilenischen Musikern durchführen wollen...
Ein Leser sandte uns die folgende Adresse zu:

Juan Miranda singt chilenische Volkslieder, Victor Jara und andere politische Lieder zur Gitarre, er ist Chilene .
Kosten: 350 DM, davon gehen 75% an die sozialistische Partei Chiles (und Fahrtkosten)
Adresse: 42 Oberhausen 1, Roonstr. 74, Tel.: 0208/844548

Es wäre günstig, wenn sich immer einige regionalen Gruppen zusammentäten, um jeweils kleine Tourneen zu organisieren, da oft die Fahrtkosten ein wichtiger Kostenfaktor sind (insbesondere natürlich bei den Gruppen).

★ Aktionen

BRIEFAKTION IM KINO

Zum Film von Peter Lilienthal und Antonio Skarmeta "Es herrscht Ruhe im Land" machte das "Komitee für die Freiheit der politischen Gefangenen Frauen in Chile" eine Aktion, in der die Kinobesucher aufgefordert wurden, vorgedruckte Briefe an Minister Wischnewsky zu unterschreiben, in denen die Politik der Bundesregierung gegenüber chilenischen politischen Gefangenen kritisiert wird. In dem Brief wird die Situation von Gladys Díaz Armijo beschrieben und darauf hingewiesen, daß für sie und für viele andere Chilenen in der Bundesrepublik Arbeitsplätze und Stipendien vorliegen und sie deshalb schon längst hier sein könnten, wenn die Regierung die Einreiseerlaubnis nicht aus "Sicherheitsgründen" verweigern würde.
Nach einer Woche Aktion in der "Kurbel" lagen bereits über 500 Unterschriften vor; ca. 70% der Kinobesucher kamen der Aufforderung zum Unterschreiben des Briefes nach. Nachdem der Film im Tali in Neukölln weiterläuft, wird die Briefaktion dort fortgesetzt.

Hier ist der Text, den wir zwischen Werbung und Hauptfilm auf die Leinwand projizierten:

Der folgende Film beschreibt die herrschenden Verhältnisse in vielen lateinamerikanischen Ländern. Es werden keine Namen genannt; vieles läßt uns jedoch an Chile denken. Unsere Betroffenheit über die im Film gezeigte Realität sollte nicht in Resignation stecken bleiben.

Wir können hier und heute etwas tun: für die vielen chilenischen Gefangenen, die im Gefängnis oder KZ gefoltert werden und deren Leben wahrscheinlich nur dadurch gerettet werden kann, daß sie ausreisen dürfen. Wir kennen viele solcher Fälle, z.B. die Journalistin Gladys Díaz. Sie könnte bereits seit 9 Monaten frei und in der Bundesrepublik sein: für sie wie für viele andere gibt es hier Arbeitsplätze oder Stipendien, doch obwohl alle Bedingungen erfüllt sind, verweigert die Bundesregierung die Einreisegenehmigung. Wir appellieren an Sie, sich beim Bundesaußenministerium für Frau Díaz einzusetzen, das behauptet, ihre Anwesenheit hier bedeute ein Sicherheitsrisiko. Es wurde jedoch nie gesagt, worin dieses Sicherheitsrisiko besteht. Sie haben am Eingang einen vorgedruckten Brief an Minister Wischnewsky erhalten, den Sie unterschreiben und uns beim Verlassen des Kinos geben können. Vielen Dank

"Komitee für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile"

●

An den Staatsminister im Auswärtigen Amt
Hans-Jürgen Wischnewsky
53 Bonn 1
Postfach

Sehr geehrter Herr Minister!
Mir liegen Informationen des "Komitee für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile" und von Amnesty International vor, wonach die Journalistin und Gewerkschaftlerin Gladys Díaz Armijo in Chile verhaftet und gefoltert

worden ist und offensichtlich in Lebensgefahr schwebt. Soweit ich es überblicken kann, kommt diesen erschreckenden Informationen ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit zu. Um so unverständlicher erscheint mir die Weigerung, der so sehr bedrohten Gefangenen die Einreise in die Bundesrepublik zu genehmigen. Der Verweis, die Journalistin sei eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik, ist angesichts der Situation, in der sich die Gefangene befindet, unhaltbar und inhuman. Das nicht gewährte Asylrecht für eine derart politisch Verfolgte finde ich höchst bedenklich und sehe den Vorgang als ein erschreckendes Exempel für unterlassene Hilfeleistung an.
Gladys Díaz Armijo ist kein Einzelfall. Wie sie warten Hunderte auf eine Einreisegenehmigung, wie z.B. Ana Maria Moreira Fuenzalida, für die ein Arbeitsvertrag vorliegt. Warum erschwert die Bundesregierung die Einreise für gefolterte und verfolgte Chilenen?
Ich fordere die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um gefährdeten Chilenen die Einreise in die Bundesrepublik zu ermöglichen.

.....

●

BLUTSPENDEAKTION IN KIEL

Am 29. und 3o.1.76 führte das Kieler Chilekomitee zusammen mit der evangelischen Studentengemeinde zum dritten Mal eine Blutspendeaktion für das unterdrückte chilenische Volk durch. Dabei hat sich gezeigt, daß nach wie vor die Bereitschaft sehr groß ist, Solidarität mit dem chilenischen Widerstand zu üben:
27o Spender haben insgesamt 1337 Liter Blut gespendet, für das uns die Blutplasmafirma voraussichtlich 8222,-DM zahlen wird.
Diese Geldsumme wird aufgeteilt und zwei Projekten in Chile zugeführt:
1. den Widerstandskomitees und Fabrikkommissionen in Santiago, die dafür Druckmaschinen, Reprokameras und andere Infrastruktureinrichtungen finanzieren wollen, um die Propagandatätigkeit im Untergrund zu entfalten.
2. zur Unterstützung eines Pastors in Santiago (ehemaliger Mitarbeiter des nun verbotenen Friedenskomitees) bei seiner Arbeit für politisch Verfolgte.
   Für dieses Projekt entschieden sich 31% der Spender.

Ein Teil der Spender war nur unzureichend über die augenblickliche Situation in Chile informiert; deshalb war diese Aktion ein guter Anlaß für das Kieler Komitee, durch den Verkauf von Broschüren und Zeitungen sowie Diskussionen über die Lage in Chile zu informieren.

●

EIN SCHIFF FÜR CHILE

Nachdem Zoll und Sicherheitsbeamte eine Woche lang das französische Schiff "Anjou" gründlich untersucht hatten und nicht einen einzigen Hinweis auf Propaganda politischen Inhalts entdecken konnten, ist die Fracht von 162 Tonnen schließlich im Hafen von Valparaiso entladen worden. Die Ladung, bestehend

aus Kleidung, Lebensmitteln, Spielzeug und Medikamenten im Wert von 3 Millionen DM war als Lieferung der deutschen Caritas an die chilenische Caritas deklariert worden. Die chilenische Caritas ist gehalten, diese Darstellung auch in Chile zu verbreiten. Über die wirkliche Herkunft der Spenden für die hungernden chilenischen Kinder erfahren die Chilenen deshalb nur etwas über Radio Moskau, dessen Kurzwellensendungen in Chile viel gehört werden. Das Projekt eines Schiffes für die Weihnacht der chilenischen Kinder war 1975 von den Gewerkschaftsvertretern bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf angeregt und von der Französischen Volkshilfe sowie dem chilenischen Gewerkschaftsbund CUT organisiert worden. Gewerkschaften und Solidaritätsorganisationen aus 15 Ländern Ost- und Westeuropas waren daran beteiligt.
Der Staatssekretär im chilenischen Innenministerium, Luftwaffenmajor Enrique Montero hat am 16. Februar vor Journalisten erklärt, daß in Europa alle Versuche gescheitert seien, politischen Nutzen aus der Schenkung der Caritas zu schlagen, weil außer in Radio Moskau überall "objektiv über den Zweck der Hilfe" berichtet werde. Tatsächlich berichtet man überall - auch in Radio Moskau - ganz objektiv über den Zweck der Schenkung: chilenische Kinder sollen essen und sich kleiden und spielen können. Das ist humanitäre Hilfe ohne politischen Zweck. Allerdings erfahren die Chilenen aus Radio Moskau auch etwas über die Herkunft der Hilfe, und das ist in den Augen der Junta schon nicht mehr objektiv.

★ Informationen

Die INTERNATIONALE KOMMISSION ZUR UNTERSUCHUNG DER VERBRECHEN DER CHILENISCHEN MILITÄRJUNTA sandte uns ein Buch mit Zeugenaussagen, Augenzeugenberichten und Dokumentationsmaterial, das zum Anlaß der Dritten Sitzung dieser Interantionalen Kommission in Mexico vorgelegt wurde.

Das Buch heißt DENUNCIA Y TESTIMONIO
Tercera Sesión de la Comisión Internacional de
Investigación de los Crimenes de la Junta Militar en Chile
Mexico 18-21 Februar 1975

und ist zu beziehen über

Permanent Secretariat
Bulevardi 13 A 9,
00120 Helsinki 12, Finland

Das Material kann in der Arbeit für die Widerherstellung der Menschenrechte in Chile für die Organisation von Aktionen sehr hilfreich sein.

Inhalt:
1. Die bewaffnete Rebellion und die Etablierung des Militärregimes
2. Die Terrorherrschaft. Widerrechtliche Repressalien
3. Gerichtliche Verfolgung und Militärtribunale
4. Austilgung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte
5. Vergehung gegen kulturelle Rechte
6. Die Situation der Frau
7. Verbrechen gegenüber der Jugend

INFORMATIONS-MATERIAL FÜR CHILE-ARBEIT IM KIRCHLICHEN BEREICH

Die Kirchen im Kampf um die Menschenrechte. Dokumentation Nr.5 der CHILE-NACHRICHTEN. West-Berlin, Dez.1975. Zu beziehen bei CHILE-NACHRICHTEN c/o FDCL 1 Berlin 12 Savignyplatz 5.

Die Kirche und die Repression unter der chilenischen Diktatur. Hrsg. vom Komitee der ehemaligen Gefangenen Chiles. Frankfurt, Dez.1975. Kontaktadresse: Bruno Müller, 6 Frankfurt 1,Burgstr.27

Materialien zur Situation der Kirchen in Chile. 2.Aufl. Hrsg.von den Bochumer Gruppen von Amnesty International und Pfarrer Dr. Johannes Degen, 463 Bochum, Girondellestr.93

Kirche in Chile. Hrsg. vom Koordinierungsausschuß der chilenischen Flüchtlinge in der BRD - Arbeitsgruppe für die Zusammenarbeit mit den Christen in der BRD. Kontaktadresse: Pfarrer Helge Klee, 6 Frankfurt, Alexanderstr. 37

Das Komitee der Zusammenarbeit für den Frieden in Chile. Hrsg. vom Komitee für die Befreiung der politischen Gefangenen in Chile, CH 8004 Zürich-Lochergut, Postfach.

Siehe auch die Artikel in ChN Nr.9,14,16,20,22,27,28,30,31,33,34

Eine eingehende Darstellung der Verwicklung der Kirchen in das Geschehen vor und nach dem Putsch gibt Gonzalo Arroyo: Der Putsch und die Kirche in Chile. Mainz 1974

CHILE DOCUMENTACION

Die Vertretung des MIR in der BRD beabsichtigt, in Zukunft etwa fünfmal jährlich eine Zeitschrift in spanischer Sprache mit dem Titel "Chile Documentación" herauszubringen. Soeben ist die erste Nummer erschienen. Sie ist zum Preis von DM 2.- erhältlich
- in West-Berlin u.a. im Buchlanden am Savignyplatz, Abteilung für ausländische Literatur
- in Westdeutschland über die Kontaktadresse H.Jank, 6 Frankfurt 55 Postfach 550320

Die erste Nummer ist dem Schwerpunkt "Über die Einheit des Volkes und der Linken" gewidmet und enthält alle wesentlichen Dokumente der Polemik zwischen PC und MIR seit dem Putsch.

Berichtigung:
Richtigstellung zu Nr. 32 S. 55. Die dort beschriebene Ausstellung geht nicht auf das Konto des Hamburger Chile-Komitees, sondern ist eine Aktion von Amnesty International

Die Kontroverse

um das „Trojanische Pferd"

Im November 1975 veröffentlichte die Führung der Kommunistischen Partei in Santiago ein Dokument mit dem Titel "Die Ultralinke, Trojanisches Pferd des Imperialismus", in dem die PC scharfe Kritik an den Positionen des MIR übt und ihnen den eigenen Standpunkt gegenüberstellt. Wenngleich nur der MIR namentlich angegriffen wird, richtet sich das Dokument deutlich auch gegen vergleichbare Tendenzen in anderen Parteien.

Nach einer Einleitung, in der festgehalten wird, daß die notwendige Einheit der Volksbewegung nicht in Widerspruch zu scharfem ideologischem Kampf um eine prinzipienfeste Linie steht, sondern diesen im Gegenteil voraussetzt, geht das Dokument mit der vergangenen Politik des MIR vor und nach dem Putsch ins Gericht, dem Dogmatismus, Sektierertum, Spaltung und Verwirrung der Arbeiterbewegung und opportunistisches Zusammenspiel mit dem Antikommunismus bürgerlicher Kräfte vorgeworfen wird.

Anhand des Antwortschreibens des MIR vom Februar 1975 auf das Dokument der PC vom Dezember 1974 werden fünf Konfliktfelder diskutiert: 1. das Verhältnis zur Christdemokratischen Partei, 2. die Frage, ob die Junta als faschistisch einzuschätzen ist oder nicht, 3. zur Frage militärischer Formen des Kampfes, 4. der angebliche 'Terrorismus' und 'Avantgardismus' des MIR, 5. die Form des Widerstands, insbesondere der Aktionseinheit an der Basis.

Diese seit dem Putsch schärfste Attacke des PC gegen den MIR erschien nur wenige Wochen vor dem Dokument von Frei (siehe Auszüge und Kommentare dazu in dieser und der vorigen Nummer der CHILE-NACHRICHTEN) und muß daher als wichtiger Teil der Auseinandersetzung innerhalb der chilenischen Linken um die korrekte Taktik und Bündnispolitik in der gegenwärtigen Situation gesehen werden. Entsprechend war zu erwarten, daß die anderen Parteien der chilenischen Linken, vor allem der MIR, Stellungnahmen zu diesem Dokument der PC veröffentlichen würden.

Diese Stellungnahmen sind bereits angekündigt, lagen aber bis Redaktionsschluß noch nicht vor. Aus technischen Gründen war auch die Übersetzung und Zusammenfassung des 16-seitigen PC-Dokuments nicht mehr rechtzeitig möglich. Wir werden daher mit der nächsten Nummer der CHILE-NACHRICHTEN diese Kontroverse um das "Trojanische Pferd" ausführlich dokumentieren.

Das spanische Original ist sowohl in der letzten Nummer des in Prag erscheinenden "Boletin de Informaciones" wie auch in der soeben von der Vertretung des MIR in der BRD vorgelegten Nr.1 der Zeitschrift "Chile Documentación" verfügbar (siehe hierzu der Hinweis unter "Informationen" in diesem Heft). Dort sind auch auch die genannten vorangegangenen Dokumente der PC und des MIR abgedruckt, samt einer Stellungnahme der Redaktion der "Chile Documentación" mit dem Untertitel: "Der Reformismus, trojanisches Pferd des Freismus".

REDAKTIONSNACHRICHTEN

Redaktion: Redaktionskollektiv V. I. S. P. : Elfriede Kohut
Herausgeberkreis: Komitee "Solidarität mit Chile"Berlin - West
Chile-Komitee Hamburg, Komitee "Solidarität mit Chile" Heidelberg, A ELA
M ünchen, Komitee " Solidarität mit Chile" Tübingen.
Redaktionsschluß der nächsten Nummer: 4. 4. 76

Abo - Preise ab April:	BRD einfach	22,50 DM,	zweifach	45, - DM
	Berlin "	18,75 DM,	"	37,50 DM

Spendenkonto des "Komitees Solidarität mit Chile"Berlin-West,
Kto Nr. 38 00 87-108, PschA Berlin-West, Sonderkonto Elfriede Kohut.
Kennwort: Abo 76 Chile-Nachrichten

CHILE-NACHRICHTEN 1 Berlin 12 Savignyplatz 5